

**Damals - Vor 30 Jahren an der Uni Karlsruhe**

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS  
STUDENTENSCHAFT  
DER UNIVERSITÄT KARLSRUHE (TH)

*Brandaktuell vom  
19.9.77*

## WAS UNS NICHT UMBRINGT MACHT UNS STARK

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag sind die AStA-Räume total ausgebrannt. Die Polizei geht von Brandstiftung aus.

Es dürfte wohl klar sein - sollten die weiteren Ermittlungen eine Brandstiftung bestätigen - daß es sich hier um eine politisch motivierte Tat handelt.

Die Frage ist nur, wo der oder die Täter anzusiedeln sind.

Der AStA hat zwar stets den Terrorismus verurteilt (wenn er darauf angesprochen wurde, er sieht es nämlich nicht als seine Aufgabe an, sich zum Terrorismus zu äußern). Was nützt ihm aber diese klare Absage an Gewalttäter in unserer Gesellschaft, wenn die Studentenschaft pauschal und pausenlos von konservativen Zeitungen und Politikern, insbesondere auch durch die Landesregierung, als Sympathisanten des Terrorismus und Verfassungsfeinde diffamiert werden?

Ein Beispiel für ein derartiges Pauschalurteil gegen alle Studentenschaften ist eine Aussage von Ministerpräsident Filbinger (auf einem Bezirksparteitag der CDU): "Die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft und damit der ASten, ist ein taugliches Mittel ein Stück Sympathisantensumpf des Terrorismus trocken zu legen."

Der AStA wird heute, aufgrund dieser Aussage, Antrag auf einstweilige Verfügung und Strafanzeige gegen Ministerpräsident Filbinger stellen.

Ein weiterer Höhepunkt der Stimmungs- und Meinungsmache gegen die Studenten war die 1. Lesung der LHG's am Donnerstag im Landtag. Unter dem Beifall der CDU-MdL's wurden die Studentenschaften pauschal als Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung hingestellt (der Mannheimer RCDS-AStA natürlich ausgenommen) ihre Arbeit würde sich auf Agitation gegen diesen Rechtsstaat beschränken. Die Absicht der CDU wird deutlich, wenn man eine Äußerung von Ministerpräsident Filbinger beachtet (sinngemäß): "Würde es uns gelingen, die ASten mit Vertretern des RCDS, der Jungen Union oder der Schülerunion zu besetzen, wäre die Lage natürlich eine andere". Die pluralistische Einstellung des Ministerpräsidenten wird deutlich, immerhin läßt er 3 Gruppen zur Besetzung der ASten zu.

# Liebe Leserinnen und Leser,

**D**reissig Jahre U-Modell, das ist ein Grund zu feiern. Dreissig Jahre Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft, das ist KEIN Grund zu feiern. Und noch ist beides ein guter Anlass, sich die Ereignisse, die zu beidem führten, nochmals wach zu rufen.

Daher ist dieses U-Mag ein Retro-Umag, zusammengestellt aus Artikeln aus den Jahren 1977 bis 1979. Damit wollen wir nochmals die Stimmung wachrufen, die damals auf dem Campus der Universität Karlsruhe herrschte. Denn gerade dieser Zeitraum war eine "Heiße Phase": Die Abschaffung der verfassten Studierendenschaft, Studentenproteste, Antikriegsdemonstrationen und die mörderischen Anschläge der Roten

Armee Fraktion (RAF) prägten diese Jahre wie kaum eine andere Epoche der Nachkriegsgeschichte.

Außerdem war das Jahr 1977 die Geburtsstunde des Unabhängigen Modells, der studentischen Interessensvertretung frei von den Zwängen des Rektorats oder der Politik. Auf diese Art können wir uns für euch einsetzen, ohne an Vorgabe "von oben" gebunden zu sein.

Auf den folgenden 35 Seiten könnt die Entstehungsgeschichte des UStAs nachverfolgen, lesen, wie

das AKK angefangen hat oder welche Sorgen die Studierenden vor 30 Jahren geplagt haben- und die gar nicht so verschieden von unseren heute sind. Daher findet sich neben der "großen Politik" mit Wahlen, Satzungen und Gremien auch Aufrufe gegen die Wiederaufrüstung, ein BAföG-Artikel von 1978 und die Mobilmachung gegen die - schon damals geplante - Nordtangente.

Viel Spaß mit diesem Retro-U-Mag wünscht euch

**Euer USTA**

## INHALT

Impressum .....	2
Horror 1977 .....	3
Studentischer Warnstreik .....	4
Verfasste Studentenschaft .....	6
Schleyer-Mord .....	7
Generalstreik .....	8
Univollversammlung .....	9
Wie geht es weiter? .....	11
Neue Satzung und Wahlen .....	12
Das erste UStA-Info .....	14
Immernoch Sumpf? .....	15
Prüfungsordnung WiWi .....	17
Berufsverbot .....	18
BAföG Anno 1978 .....	19
Kostenlose Sprachkurse .....	20
Kunst und Kommunikation .....	21
Uni-Fasching .....	28
Stupa-Wahlen .....	29
Rastefahndung .....	30
Wettrüsten .....	31
Keine Nordtangente! .....	32
Problem Chemie .....	33
UStA-Winterfest .....	35

## Wir suchen Referentinnen

*Wenn du Dir vorstellen kannst, im nächsten UStA-Team die Interessen der Studis zu vertreten, dann melde dich bei uns.*

## Wir suchen Referenten

## IMPRESSUM

Das UStA-Magazin ist ein Organ der Unabhängigen Studierendenschaft der Universität Karlsruhe. Unaufgeforderte eingedachte oder vorbeigebrachte Artikel sind herzlich willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der AutorInnen wieder. Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich beim UStA oder eurer Fachschaft.

Redaktion: Sebastian Felzmann  
 Layout: Sebastian Felzmann  
 erstellt mit „Scribus“  
 Druck: Studierenden Service Verein (SSV)  
 Auflage: 1200 Exemplare  
 Titelbild: AStA Uni Karlsruhe 1977  
 Fotos: UStA

V.i.S.d.P.: Sylvia Barkholz  
 UStA der Universität Karlsruhe  
 Adenauerring 7, 76131 Karlsruhe  
 Tel.: 0721/608-8460  
<http://www.usta.de/umag@usta.de>

## NEWSLETTER

Du möchtest immer über die neuesten Aktivitäten und Aktionen des UStAs auf dem Laufenden sein? Dann kannst Du Dich in unseren Newsletter ([news@usta.de](mailto:news@usta.de)) eintragen. Themen des Newsletters sind beispielsweise:

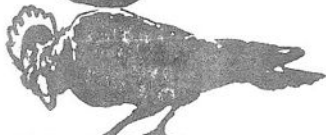
- Termine für Feste, Veranstaltungen oder Aktionen
- Aufrufe zur Mitarbeit (Helfer für die Feste, Jobs im UStA/SSV, Teilnahme an Aktionen)
- Pressemitteilungen des UStA

Anmelden kannst Du Dich auf unserer Homepage  
<http://www.usta.de/standard.php/newsletter.html>

Okt 1977

# ASTA

Informationen des  
Allgemeinen Studentenausschusses  
(ASTA) der Universität Karlsruhe  
Adenauerring 7  
Telefon 0721/691044



# HORROR 77



# asta

20. 6. '77

## Wie verlief der Streik an unserer Uni

Nachdem vor zwei Wochen fast alle Fachschaften und der ASTA die Studentenschaft der Uni Karlsruhe zu einem Warnstreik gegen das LHG aufgeufen hatten und dies auch auf einer Uni-Vollversammlung diskutiert wurde, begannen überall in den Fachbereichen die großen Vorbereitungen für die Streiktage vom 14. bis 16. Juni.

Es begann am Montag und Dienstag zumeist mit Fachschaftsversammlungen deren Thema die LHG-Novelle war, und endete am Donnerstagabend mit einer großen Streikfete. Dazwischen lagen viele harte Arbeitsstunden der Fachschaftler und aller aktiven Kommilitonen, die sich an der Ausfüllung der Streiktage beteiligten. Da der Informationsfluß zwischen den einzelnen Fachbereichen während der Streiktage wegen der großen Hektik und einiger organisatorischer Pannen, nicht der beste war, wollen wir hier nochmals ausführlich über die Streikerfahrungen der einzelnen Fachbereiche berichten.

### Architektur

Am Fachbereich Architektur existierte ein ausführliches seit langem von vielen Kommilitonen mitgeplantes Streikprogramm. So war der Fachbereich auch der einzige der es schaffte 4 Tage lang zu streiken. (Bravo Kommilitonen, weiter so!) Dort hat man es auch geschafft, den Elfenbeinturm der Universität zu verlassen, man hat gemeinsam mit Bürgerinitiativen in verschiedenen Stadtteilen Stände aufgebaut um die Bevölkerung über geplante städtebauliche Maßnahmen zu informieren.

### Bauingenieurwesen

Die Bauingenieurstudenten bestreikten 2 Tage lang fast alle größeren Vorlesungen. Trotz Widerstand vom Lehrkörper (Prof. Krebs wollte während der Fachschaftsversammlung seine Vorlesung halten) zeigten die Studenten durch solidarisches Verhalten und durch die Beteiligung an den Veranstaltungen, Aktionen und Arbeitskreisen der Fachschaft ihren Widerstand gegen die geplante LHG-Novelle.

### Bio/Geo-Wissenschaften

Auch bio/geo, ein sehr kleiner Fachbereich hat aktiv mitgemacht. Anstatt Vorlesungen liefen dort Diskussionen mit den Dozenten über das LHG.

### Chemie

Für die Studenten am Fachbereich Chemie war die Frage des Streiks sehr problematisch. Dort hatte man eingeschätzt, daß es so gut wie unmöglich sei, die Laborpraktika zu bestreiken, da den Studenten dann die Zeit zum "Kochen" fehlt und sie ihre Scheine nicht erreichen. So beschränkte man sich auf das Bestreiken der großen Vorlesungen, welches auch erfolgreich verlief. Die Fachschaft bot Arbeitskreise an und leistete durch einen Informationsstand am Werderplatz wichtige Informationsarbeit für die Bevölkerung.

### Elektrotechnik

Obwohl die Fachschaftssprecher der Elektrotechnik noch auf der Uni-Vollversammlung gemeint hatten, ein Streik käme für sie überhaupt nicht in Frage, da die Studenten am Fachbereich noch nicht genügend informiert und mobilisiert wären, bestreikte dort das zweite Semester mehrere Vorlesungen. Spontan zog man aus der Vorlesung in den Schloßpark, wo sich eine interessante Diskussion mit der Fachschaft über das weitere Vorgehen ergab.

Am Mittwoch hatten die Elektrotechniker eine Diskussionsveranstaltung mit Professoren durchgeführt, an der sich ca. 200 Studenten beteiligten.



Geodäsie

Die Geodäsiefachschaft hatte zunächst befürchtet, daß ihr Streiktag, der Donnerstag, von den meisten Kommilitonen nur zu einem verlängerten Wochenende genutzt würde. Doch dies war nicht der Fall. Die Veranstaltungen waren so gut besucht, wie sonst die Vorlesungen, es ergab sich zudem noch ungeplant eine sehr interessante Diskussion mit Rektor Draheim über den Streik.

Maschinenbau/Chemieingenieurwesen

Dort hatte die Basisgruppe zum Streik aufgerufen. Da jedoch die Fachschaft politisch inhomogen zusammengesetzt ist, die Rechten am Fachbereich gegen den Streik arbeiteten, und sich auch bei Vorlesungsabstimmungen keine eindeutige Mehrheit für den Streik aussprach, hat man es dort nicht geschafft, die Vorlesungen zu bestreiken. Trotzdem haben viele Studenten die Frage des Streiks erörtert und haben sich von den E-Technik-Studenten überzeugen lassen mit ihnen gemeinsam die Vorlesung Programmieren I zu bestreiken. (Ihr seht also, Solidarität hilft weiter!)

Mathematik

Die oberen Semester ließen sich dort von der Aktionsform des Streiks zwar nicht so ganz überzeugen, jedoch streikte das zweite Semester zusammen mit den Informatikstudenten. Von der Fachschaft wurden Arbeitskreise, insbesondere zur Lehrerausbildung angeboten.

Informatik

Am Fachbereich Informatik wurde die Diskussion über das LHG überlagert mit dem Problem einer neuen Prüfungsordnung. So nutzten die Studenten ihre drei Streiktage um nicht nur über das Landeshochschulgesetz, sondern auch über ihre neue Prüfungsordnung zu diskutieren.

Die Fachschaft Informatik machte eine Veranstaltung zusammen mit Betriebsräten der Firma "Siemens Bruchsal" über das Thema "Auswirkungen von EDV in Betrieben". Dort diskutierten die Studenten gemeinsam mit den Betriebsräten über die Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen, die die Akademiker nur allzu oft bedenkenlos anwenden, auf die Arbeitsplätze.

Physik

Die Studenten der Physik hatten wohl die best besuchtesten Veranstaltungen während der Streiktage. Auf einer öffentlichen Fakultätsversammlung im Gerthsen-HS waren ca. 300 Studenten anwesend, bei einer Veranstaltung über Energieprobleme waren ca. 150 Studenten. Auch die übrigen Arbeitskreise waren zahlreich besucht. Der Streik der Physikstudenten verlief nicht zuletzt auch dadurch so erfolgreich, weil der Lehrkörper Verständnis für diese Form studentischen Protests zeigte und sich am Streikprogramm beteiligte.

Wirtschaftswissenschaften

Die Fachschaftssprecher hielten den Streik in der geplanten Form für nicht sinnvoll. Außer einer Fachschaftsversammlung boten sie auch sonst keine Aktionen und Veranstaltungen gegen das LHG für die Studenten an. Trotzdem wurden vom 2. Semester zwei große Vorlesungen bestreikt. Statt den Vorlesungen wurde eine Veranstaltung besucht, die sich mit "Berufsperspektiven von Akademikern" beschäftigte und von einer Arbeitsgruppe engagierter WiWi-Studenten veranstaltet wurde. (Kommilitonen, wenn die Fachschaft nicht will, dann nehmen wir es eben selbst in die Hand!)

Kommilitonen, Ihr seht also, daß nicht nur Ihr allein was getan habt, sondern daß die gesamte Uni aktiv wurde gegen die geplante LHG-Novelle.

Dies zeigte sich auch am Mittwoch auf der Demonstration anläßlich der 600 Studenten auf die Straße gingen, um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen.

Und wir stehen nicht alleine da.

Die Rede des DGB-Vertreters auf der Demonstration hat deutlich gemacht, daß unser Kampf um eine bessere Ausbildung und um einen demokratischen Aufbau der Hochschulen keine bornierte Forderung der Studenten ist, sondern daß diese Forderung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ist.



Die Verfaßte Studentenschaft soll nach dem jetzt vorliegenden LHG-Entwurf vollständig an allen Hochschulen abgeschafft werden. War in der im SS vorliegenden LHG-Novelle zunächst noch eine, in ihren Rechten stark eingeschränkte, Verfaßte Studentenschaft vorgesehen, ist diese jetzt vollständig herausgefallen. Der Schritt wurde von der CDU schon seit einigen Monaten vorbereitet. Systematisch wurden in den Medien die Vertretungsorgane der Studenten mit den Sympathisanten des Terrorismus gleichgesetzt. Es wurde ständig behauptet, die ASten verschwenden studentische Gelder zur parteipolitischen Agitation und die Organe der Verfaßten Studentenschaft wären aufgrund sehr geringer Wahlbeteiligung überhaupt nicht legitimiert, als Vertreter aller Studenten zu sprechen.

Als neues Argument Filbingers ist die Behauptung aufgetaucht, daß die Verfaßte Studentenschaft ein Relikt aus dem Faschismus sei und nicht mehr in unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung passen würde. Dies ist eine plumpe Lüge der CDU, denn die Studenten erkämpften sich bereits 1811 ihre ersten Vertretungsorgane. Sie wurden im Laufe der Geschichte immer wieder von reaktionären Kräften abgeschafft bzw. während des Faschismus scheinbar aufrechterhalten und umfunktioniert.

## 2 Verteidigt und stärkt die verfasste Studentenschaft

Seit einigen Semestern ist die Verfaßte Studentenschaft, und das damit eng im Zusammenhang stehende politische Mandat ein Hauptangriffspunkt in den Auseinandersetzungen an den Hochschulen mit den rechten Kräften. 1976 sollte der Marburger AStA amtsenthoben werden. In Göttingen gab es nach der Veröffentlichung des sog. "Buback-Nachrufs" starke Angriffe auf den AStA und ein Flugblatt zur Schleyer-Entführung, das nicht vom AStA verteilt wurde, war dann der Anlaß, den AStA am 15.9.77 aus dem Amt zu entheben. Auch in Münster war der AStA wegen Wahrnehmung politischen Mandats von der Auflösung bedroht. In diese Kampagne gegen die studentischen Vertretungsorgane reiht sich nun der zweifellos massivste und radikalste Angriff der Filbinger-Regierung in Baden-Württemberg nahtlos ein.

**Verehrte Studenten!**

Sie und Ihresgleichen fordern tagaus tagein Mitbestimmung. Können Sie da überhaupt mitreden? Haben Sie denn jemals mitbestimmt? Na?! Sehen Sie!

HRSG.: AKTIONSGEMEINSCHAFT  
WEG MIT DEM POLITISCHEN MANDAT

# asta

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS

STUDENTENSCHAFT

DER UNIVERSITÄT KARLSRUHE (TH)

20.10.1977

## WIR VERURTEILEN DEN MORD AN HANNS-M. SCHLEYER

Der Karlsruher AStA verurteilt auf Schärfste die brutale Ermordung von Hanns-Martin Schleyer. Der AStA lehnt prinzipiell den individuellen Terror als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. Das sinnlose Abschlachten von Menschen ruft unsere tiefste Abscheu hervor.

Die Ereignisse der letzten Wochen werden den reaktionären Kräften in der Bundesrepublik neue Nahrung geben, um die Hochschulen als Brutstätten des Terrorismus zu diffamieren. Die Gewalttäter stellen sich so in den Dienst der Reaktion. Sie geben ihr Mittel in die Hand, die wachsende Studentenbewegung in der BRD zu diskreditieren und isolieren.

Unsere studentischen Aktionen haben allerdings auch nicht den geringsten Berührungspunkt mit den Aktionen, der politisch nicht mehr zurechnungsfähigen Gewalttäter. Wir warnen davor, die Ermordung von Hanns-Martin Schleyer zum Anlaß zu nehmen, um das innenpolitische Kräfteverhältnis weiter nach rechts zu verschieben.

Der AStA der Uni Karlsruhe hält es nicht für angebracht, in der derzeitigen Situation mit einer Demonstration unsere Forderungen unter die Bevölkerung zu tragen. Angesichts der öffentlichen Erregung über die Geschehnisse der letzten Tage wird es uns nicht gelingen, für unsere Forderungen Verständnis zu finden.

In einer Zeit, in der ASten pauschal als "Brutstätten des Terrorismus" defamiert werden, könnte eine Demonstration dieses Vorurteil in der Bevölkerung verstärken.

Das bedeutet jedoch nicht, daß wir in Zukunft duckmäuserisch unsere Forderungen unter den Tisch kehren und auf Aktionen verzichten werden. Die Landesregierung wird nämlich gerade dieses Klima der Hetze und Diffamierung aller linken Kräfte in der BRD ausnutzen, um ihre reaktionäre Bildungspolitik reibungslos durchsetzen zu können.

---

## DIE DEMO WIRD UM EINE WOCHEN VERSCHOBEN

---

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS DER UNIVERSITÄT KARLSRUHE (TH)

**asta****STREIKINFO 2**

Freitag 4. November 1977

1. Streiktag

# Jetzt erst recht SOLIDARITÄT!

Gestern war der erste Streiktag.

Nach dem Urabstimmungsergebnis, bei dem sich immerhin 3/4 aller abgegebenen Stimmen für einen Streik ausgesprochen hatten, war zu erwarten, daß zumindest alle großen Massenvorlesungen erfolgreich bestreikt würden.

Erfolgreich bestreikt, d.h. die Vorlesung findet nicht statt!

Dem war jedoch nicht überall so. Streikbrecher forderten mit Nachdruck fast an allen Fachbereichen ihre Vorlesung.

Der demokratisch in einer Urabstimmung gefaßte Mehrheitsbeschuß kümmerte sie wenig.

Diese Streikbrecher berufen sich auf einen Minderheitenschutz. Dabei bedenken sie nicht, daß sie als Minderheit, der Mehrheit der Studenten, die sich für einen Streik entschieden haben, großen Schaden zufügen.

Einen Beschuß, der sowohl parlamentarisch (Stupa) wie auch an der Basis (UA) eindeutig mehrheitlich gefaßt wurde, treten sie mit Füßen.

Den Kommilitonen, die von Streik und seinen Zielen überzeugt sind, bleibt nur die Möglichkeit, immer wieder in langen und harten Diskussionen vor der Vorlesung die Streikbrecher zu überzeugen (so erfolgreich geschehen bei WiWi).

Fahrkarten zur Demo in Stuttgart  
für 5.-DM in AStA + Fachschaften

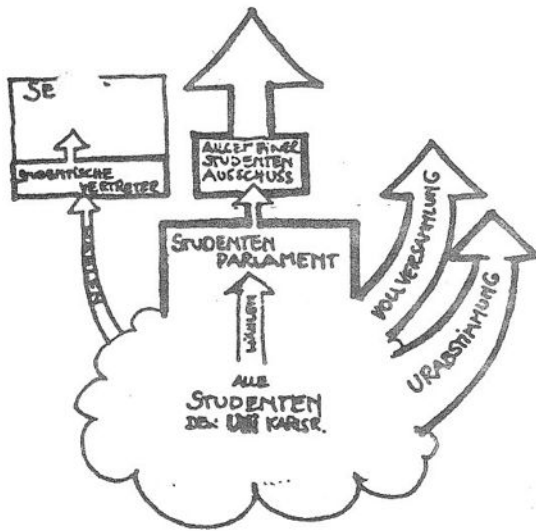


# asta

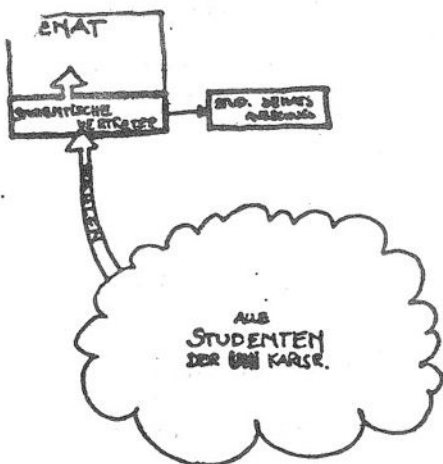
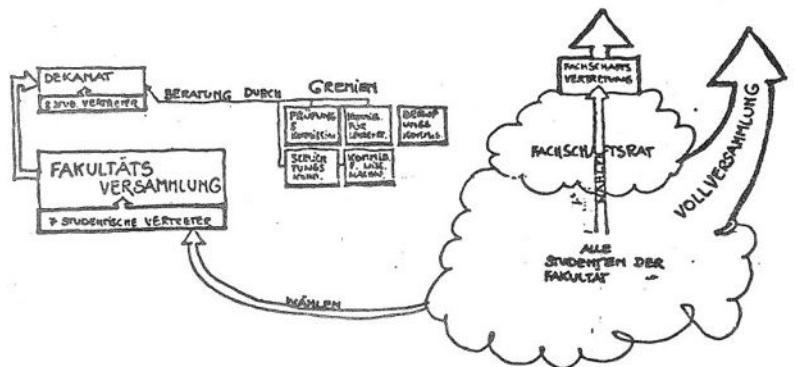
ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS  
STUDENTENSCHAFT  
DER UNIVERSITÄT KARLSRUHE (TH)

## Trotz alledem und alledem -

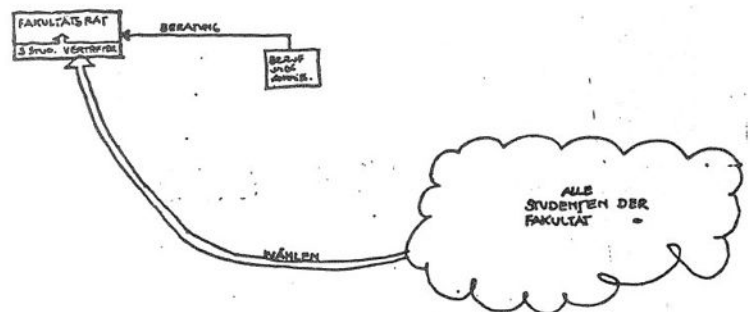
Mit der Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes machten die derzeitig Regierenden noch einmal ihre undemokratische Verhaltensweise deutlich. Die Studenten, um deren Ausbildung sowie späteren Arbeitsplatz es dabei geht, sind von diesem Gesetz am härtesten betroffen. Die Organe zur Vertretung ihrer Interessen sind durch das Gesetz nun nicht mehr vorgesehen. Wie dies sich auf die eigenen Organe der Studenten und die Organe in denen sie mitwirken konnten auswirkt, zeigen folgende Schaubilder:



VORHER



NACHHER



ASTA und Fachschaften bleiben bestehen!

Merkmale der derzeitigen politischen Verhältnisse (an den Hochschulen: Regelstudienzeit, Mittel- und Stellenkürzungen, Ordnungsrecht) sind weder im Interesse der Studenten, noch im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, da diese eine schlechte Ausbildung der Studenten zu spüren bekommt.

Um diese Interessen jedoch zu wahren, sind umfassende starke und unabhängige Interessenvertretungsorgane notwendig. Satzungs- und Finanzhoheit müssen die Unabhängigkeit dieser Organe gewährleisten. Diese Bedingungen fehlen aber im LHG!

Die dort vorgesehenen Vertretungen genügen diesem Anspruch nicht. Deshalb wird es nötig sein, auch nach der Verabschiedung des LHG's eine eigene unabhängige Interessenvertretung der Studenten zu erhalten.

- Wie weiterhin eine studentische Interessenvertretung sichergestellt sein kann;
  - Welche Kriterien sie genügen muß;
  - Und wie die gewählten Organe der Studenten, nämlich ASTa und FSen jetzt weiterarbeiten
- muß jetzt von uns diskutiert werden.

W O ?

Auf einer.....

## Uni-Vollversammlung

MITTWOCH 30.11. 15.00 UHR GERTHSEN-HÖRSAAL

Vorschlag des ASTa für einen Antrag an die VV am 30.11.

Die VV möge beschließen:

Unabhängig von der erfolgten Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes halten wir die Verfaßte Studentenschaft als unsere Interessenvertretung für notwendig. Wir fordern die gegenwärtige Fachschafts-, ASTa- und SP-Mitglieder auf,

- ihre Ämter als unsere durch Wahl legitimierten Vertreter weiter wahrzunehmen
- den Rektor aufzufordern, ASTa und Fachschaften als legitime Vertreter anzuerkennen
- darauf hinzuwirken, daß die bisher gesperrten WS-Beiträge für die Zwecke freigegeben werden, für die sie bezahlt wurden, nämlich für die Arbeit der Verfaßten Studentenschaft.

Deshalb fordern wir ASTa und Fachschaften auf, als nächste Arbeitsschwerpunkte

- Aktionstage zur Unterstützung des bundesweiten Streiks zu organisieren
- zu vermitteln, daß der im neuen LHG vorgesehene Ausschuß des Großen Senats, der sog. Allgemeine Studentenausschuß, nichts mit dem bestehenden ASTa zu tun hat, sondern daß die Namensidentität ein plumper Trick der Landesregierung ist
- für der Erhalt der staatsunabhängigen Studentenvertretung konkrete Vorschläge auszuarbeiten (Satzung, Vereinsgründung) und der Studentenschaft zur Diskussion zu unterbreiten
- für die Finanzierung der staatsunabhängigen Studentenvertretung die erforderlichen Maßnahmen zu treffen
- zum Ende des WS Wahlen zum Studentenparlament und Fachschaften durchzuführen.

Wir fordern die studentischen Mitglieder im Großen Senat auf, sich zu weigern, kommissarisch die Aufgaben des ASTa wahrzunehmen.



ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS DER UNIVERSITÄT KARLSRUHE (TH)

# asta

FACHSCHAFTEN    bau    bio/geo  
                          chem    ciw  
                          phys    wiwi  
                          arch    inf

## WIE SOLL ES MIT FACHSCHAFTEN UND ASTA WEITERGEHEN

So stellt es sich Herr Filbinger vor:

§ 3 Aufgaben (der Universitäten)

(3) Die Universitäten wirken an der sozialen Förderung der Studenten mit; sie berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse behinderter Studenten. Sie fördern in ihrem Bereich die geistigen, musischen und sportlichen Interessen der Studenten.

§ 18 Großer Senat

(3) Ober Aufgaben nach § 3 Abs. 3 Satz 2 entscheidet in dem ihm vom Senat zugewiesenen Umfang ein besonderer Ausschuss des Großen Senats. Dieser führt die Bezeichnung Allgemeiner Studentenausschuß. Ihm gehören als stimmberechtigte Mitglieder die Vertreter der Studenten im Großen Senat und die gleiche Zahl von Stellvertretern an. Der Ausschuss wählt einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter. Die Beschlüsse werden vom Präsidenten vollzogen.

§ 25 Fakultätsrat

(2) Dem Fakultätsrat gehören an ...  
 2. auf Grund von Wahlen ...  
 d) drei Studenten.  
 (4) Die nach Absatz 2, Nr. 2d gewählten Studenten und ihre Stellvertreter bilden einen Ausschuss des Fakultätsrats. Die mit den meisten Stimmen gewählten studentischen Mitglieder sind der Sprecher und der stellvertretende Sprecher dieses Ausschusses. Der Ausschuss erörtert die fachlichen Belange der Studenten und kann den zuständigen Stellen Empfehlungen vorlegen. Nach Anhörung des Ausschusses erläßt der Senat eine Geschäftsordnung.

§ 95 Art und Umfang der Mitwirkung

(1) Die Studenten wirken in der Universität

a) in fachlichen Angelegenheiten im Fakultätsrat  
 b) in hochschulpolitischen Angelegenheiten im Großen Senat und im Senat und  
 c) bei Aufgaben nach § 3 Abs. 3 Satz 2 im Allgemeinen Studentenausschuß mit.

(2) Die Aufgaben sind im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Bereitschaft zur Toleranz und Verständigung wahrzunehmen.

(3) Beschlüsse und Wahlen in Vollversammlungen sowie Urabstimmungen sind unzulässig.

(4) Der Präsident oder Rektor führt die Aufsicht über den Allgemeinen Studentenausschuß. Er hat insbesondere rechtswidrige Beschlüsse zu beanstanden und rechtswidrige Handlungen zu unterbinden.

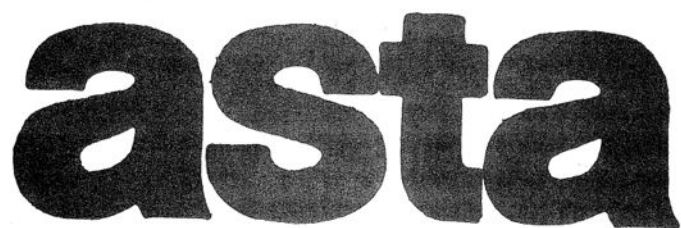
(Der endgültige Gesetzestext liegt uns nicht vor; dies ist der Beratungstext der 3. Lesung mit den uns bekannten Änderungen)

Das heißt im Klartext:

Die verbleibenden studentischen Interessen, also geistige, musische und sportliche, werden in dem Umfang, in dem es der Senat, also die Profs, für richtig halten, vertreten, z.B. ob wir noch ein "ASTA"-Fest machen dürfen, entscheiden die Profs. Falls ja, ob wir noch einmal Hannes Wader einladen dürfen, entscheidet das ausführende Organ des "ASTA", also der Uni-Präsident.

Das gleiche gilt für solche Fragen wie die Verabschiedung neuer Prüfungsordnungen, die Durchführung von Zwangsexmatrikulationen nach abgelaufener Regelstudienzeit, die Vollziehung von Ordnungsrechtsmaßnahmen, oder der Kampf um höheres Bafög und gegen Ersatzgelder. Der Umfang unserer Tätigkeit wird von den Profs bestimmt. Und wie groß war bisher die Gemeinsamkeit von Profs und Studenten in solchen Fragen?

Daß diese Studentenvertretung à la Filbinger nichts mehr mit studentischer Interessenvertretung zu tun haben kann, ist wohl jedem einleuchtend.



ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS  
STUDENTENSCHAFT  
DER UNIVERSITÄT KARLSRUHE (TH)

## Satzung, Wahlen, Finanzen

Auf seiner Sitzung am 10.1.78 hat das Studentenparlament einige Satzungsänderungen beschlossen, die - zur Weiterführung der Arbeit der verfaßten Studentenschaft - durch das neue LHG unumgänglich waren. Die bisherige Satzung blieb in allen wesentlichen Punkten erhalten. Insbesondere wurden die Aufgaben der Studentenschaft sowie die Rechte und Pflichten der Studenten übernommen, die wir hier wiedergeben möchten:

§ 2 5. Die Studentenschaft hat folgende Aufgaben:

- a) Die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studenten sowie die wirtschaftliche Selbsthilfe, soweit diese Aufgaben nicht vom Studentenwerk wahrgenommen werden.
- b) Die Förderung der geistigen, musischen und sportlichen Interessen der Studenten.
- c) Die Pflege der Verbindung mit den Studentenschaften und Studentenorganisationen in- und ausländischer Hochschulen.
- d) Die Wahrnehmung der Belange der Studenten als Mitglieder der Universität.
- e) Die Förderung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten für die freiheitliche, demokratische Grundordnung.

§ 3 1. Jeder Student hat das aktive Wahlrecht.

2. Jeder Student hat, soweit es nicht durch diese Satzung eingeschränkt ist, das passive Wahlrecht. Er kann nach Maßgabe dieser Satzung Ämter in der Studentenschaft bekleiden.
3. Jeweils 50 Studenten haben das Recht, schriftlich Anträge an die Organe der Studentenschaft zu stellen.
4. Jeder Student soll einen freiwilligen Beitrag für die Studentenschaft leisten.
5. Jeder Student hat das Recht der Beschwerde gegen Beschlüsse des Studentenparlaments beim Ältestenrat.
6. Ein Student soll nicht länger als zwei Jahre in der Studentenschaft Ämter bekleiden.

§ 4 Organe der Studentenschaft sind:

1. das Studentenparlament
2. der Vorstand der Studentenschaft (bisher AStA)
3. der Vorsitzende der Studentenschaft. (bisher AStA-Vorsitzender)

Die Änderungen bezogen sich vor allem auf die gesetzlichen Bezüge in der bisherigen Satzung, die aufgrund des neuen LHG wegfallen. Daneben wurden noch 2 Punkte geändert:

1. Die Vollversammlung erhielt das Recht, den Vorsitzenden der Studentenschaft durch ein konstruktives Mißtrauensvotum abzuwählen, wobei 10 % der Studenten, das wären zur Zeit ca. 1200 Kommilitonen, für den neuen Kandidaten stimmen müssen.

Diese Satzungsänderung war insofern notwendig, als wir mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß der Rektor Urnenwahlen zum Studentenparlament unterbindet, was zur Folge hätte, daß der momentane AStA ewig im Amt bleibt.

2. Den Fachschaften wurde über die Fachschaftenkonferenz ein Einspruchsrecht zum Studentenschaftshaushalt zugebilligt. Das Verfahren entspricht in etwa der Behandlung von nicht zustimmungspflichtigen Gesetzen durch den Bundesrat, d.h. die letzte Entscheidung bleibt dem Studentenparlament überlassen.

Wir halten diese Satzungsänderung deshalb für notwendig, weil durch die Freiwilligkeit der Studentenschaftsbeiträge vor allem die Fachschaften die Aufgabe haben werden, Beiträge einzusammeln und damit die Finanzen der Studentenschaft in starkem Maße von ihnen abhängig sind.

3. Der RCDS wünschte eine Befristung der Satzung, um, nach seinen Worten, zu gewährleisten, daß die bisherige Satzung gründlich überarbeitet wird. Obwohl alle im SP vertretenen Gruppen der Ansicht sind, daß die Satzung im Laufe des Jahres neu diskutiert werden müsse (ein diesbezüglicher Antrag wurde einstimmig beschlossen), erreichte der Antrag des RCDS nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit, weil befürchtet wurde, daß mit einer Befristung der Satzung schon das Ende der Studentenschaft abzusehen sei. Allerdings gilt es dabei zu bedenken, daß die Existenz der Studentenschaft nicht durch die Satzung, sondern vor allem durch die Verankerung unter den Studenten gewährleistet wird. Der RCDS verkündete daraufhin, er werde sich nicht an den Studentenparlamentswahlen beteiligen. Die Studentenschaft bedauert diesen Beschluß, da sie der Ansicht ist, daß eine Interessenvertretung, die sich den Anspruch gibt, alle Studenten zu vertreten, auch von möglichst allen politischen Strömungen repräsentiert sein sollte.

#### Wahlen

Das Studentenparlament hat im weiteren Verlauf der Sitzung vom Dienstag, die Wahlordnung zum SP überarbeitet.

Da die SP-Wahlen bisher von der Universität durchgeführt wurden, waren hier einige Änderungen erforderlich: Verantwortlich für die Wahl ist in Zukunft ein vom SP gewählter Wahlausschuss, der unter der Aufsicht des Ältestenrates der Studentenschaft steht. Beim Ältestenrat können auch eventuelle Einsprüche gegen die Wahl erhoben werden.

Die Wahlen werden durch Urnenwahl durchgeführt (gleichzeitig mit den FS-Wahlen). Listenwahl als Wahlverfahren wurde beibehalten. Auch hier haben wir uns bemüht, die bisherige Wahlordnung nur wo notwendig zu ändern. Der Termin für die FS- und SP-Wahlen wurden vom SP auf die Zeit vom 8. - 14. Februar festgesetzt.

#### Finanzen

Der Studentenschaftsbeitrag für das SS 78 wurde vom SP auf DM 8,-- festgelegt. Wir bitten jeden Kommilitonen, die<sup>er</sup> Beitrag, der in der Höhe in etwa den früheren Zwangsbeiträgen entspricht, zu bezahlen, so wie er auch bisher im Rahmen der Zwangsverfaßten Studentenschaft seinen Semesterbeitrag abführte.

Zur Verwaltung dieser Gelder haben wir einen gemeinnützigen Verein gegründet, dessen Zulassung zur Zeit beim Amtsgericht ansteht. Mitglieder dieses Vereins sind alle FS-Leiter und der Vorstand der Studentenschaft. Aus der Mitgliedschaft darf für den Einzelnen keinerlei finanzieller Vorteil entstehen. Die Mittel des Vereins sind ausschließlich für Zwecke der Studentenschaft zu verwenden.

Die Satzungen und die Wahlordnung sind im AStA einsehbar. Wir stehen auch für weitere Fragen zur Verfügung.

# usta info

# 1

april 78



HERAUSGEGEBEN VON DER  
UNABHÄNGIGEN STUDENTEN-  
SCHAFT

V.I.S.D.P: MICHAEL KOLLATZ

Dreh Dich nicht um  
der Filbi geht um!  
Wersich links dreht oder lacht  
kriegt den Buckel vollgemacht!

## Wahlergebnis zum SP:

Pro WiWi	236 Stimmen	5,9%	2 Sitze
Linke Liste	192 "	4,8%	2 "
Juso-HSG	1194 "	30,0%	12 "
SLH	360 "	9,0%	3 "
lhv	300 "	7,5%	3 "
Fachschaftenliste	282 "	7,1%	2 "
MSB	375 "	9,4%	3 "
RCDS	700 "	17,6%	7 "
Aktionseinheit auf den Forderungen des Streiks	119 "	3,0%	1 "

stimmberechtigt: 11790, abgestimmt haben: 3979 (33,76%)

# oder immer noch Sumpf?

ZUR UNABHÄNGIGEN INTERESSENSVERTRETUNG



Nachdem unser Landesfürst Filbinger trotz der massiven Proteste der Studenten, Gewerkschaften, SPD, FDP und Teilen des Lehrkörpers die Verfaßte Studentenschaft abgeschafft hatte, stellte sich für den AStA die Aufgabe, zusammen mit den Studenten eine Möglichkeit zu finden, wie Fachschaften und ASten weiterarbeiten können. Daß eine Weiterarbeit notwendig und von den Studenten auch erwartet wurde, war klar: So können einerseits die von Filbinger vorgesehenen, kastrierten Organe keinerlei Interessen vertreten, noch nicht mal den sonst von den Rechten so geliebten Service; andererseits zeigt das Weiterführen der Arbeit in AStA und Fachschaften auch unseren fortbestehenden Widerstand gegen das aufoktrogierte LHG. Das Hauptproblem war also zunächst: wie machen wir weiter? Dieses sollte auf einer VV diskutiert werden, doch wie fast immer war die Beteiligung der Basis hieran äußerst gering. Auch die zweite VV zu diesem Thema war nicht besser. Außer den Politfreaks war kaum jemand da. Die Diskussion lief also hauptsächlich in den pol. Hochschulgruppen, teilweise in den Fachschaften. Man war sich bei den linken Hochschulgruppen relativ bald einig, daß man möglichst wenig an der Struktur der VS ändert und erst in den nächsten Semestern eine Satzungsdiskussion führt. Dies nicht nur,

weil gerade die Beibehaltung der Strukturen zeigt, daß wir AStA und FS verteidigen, sondern auch weil das bisherige Modell allen Studenten die Mitarbeit ermöglicht (im Gegensatz zu AStA e.V. oder Studentengewerkschaft). Außerdem erschien es wichtiger, überhaupt die Organe weiterzuführen, d.h. unsere Kraft in die Organisation von Wahlen und Geldsammlungen zu investieren, anstatt in theoretische Diskussionen. Im nachhinein kann man sagen, daß diese Einstellung richtig war: wir erreichten eine Wahlbeteiligung von über 33 % zum Studentenparlament (Filbinger-AStA: 19 %) und sammelten beinahe 20.000 DM ein. Damit haben wir wohl die besten Ausgangsbedingungen für die Weiterarbeit von allen ASten in Baden-Württ.. Allerdings hatten wir auch günstige Rahmenbedingungen: seitens der Unibürokratie wurde weder versucht, uns die Räume wegzunehmen, noch wurden Geldsammlungen und Wahlen behindert. Einzig ein von rechten Scharfmachern forciertes Beschluß des Kleinen Senats, die Wahlen zu verhindern, war an Behinderung zu registrieren. (Abgesehen vom finanziellen Chaos...). Und an den Wahlen zum SP haben sich erfreulicherweise alle Hochschulgruppen beteiligt, wodurch mindestens noch dieses Jahr gesichert ist, daß das gesamte politische Spektrum an der Uni Karlsruhe in der unabhängigen Studentenschaft repräsentiert ist.

Die studentischen Vertretungsorgane sind also nach wie vor, wenn auch gesetzlich nicht mehr vorgesehen:

1. das Studentenparlament, gewählt in uniweiter Listenwahl
2. die Fachschaften, gewählt in Persönlichkeitswahl am Fachbereich.

## Reformen

Etwaige Ähnlichkeiten mit Entwicklungen im deutschen Bildungswesen sind rein zufällig

Wie die Pläne von den Experten vorgeschlagen --



In weiteren Beratungen am Nulkt



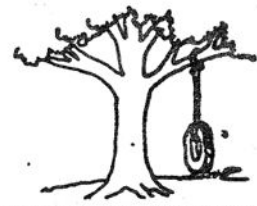
von der Schülervertretung überholt --



als Kompetenzbereich angenommen --



schließlich realisiert wurde --



und von den Betroffenen eigentlich gelehrt haben.





Das Studentenparlament wählt dann wie bisher den UStA, ehemals AStA. Allerdings können UStA und FS auch auf VV's mit hohem Quorum gewählt werden. Dies ist die einzige wesentliche Satzungsänderung, die gemacht wurde. Da jedoch weder der UStA noch die Fachschaften rechtsfähige Organisationen sind, mußte ein Verein gegründet werden, der das Vermögen verwaltet usw. Dieser Verein, der Studentenschaft Kasse e.V. hat als Vertretungsorgan keinerlei Funktion, sondern wickelt lediglich die Geschäfte ab, ist Partner für das Finanzamt und sonstige Behörden (er ist aus steuerlichen Gründen auch gemeinnützig). Deshalb sind im Kasse e.V. auch nur die gewählten Studentenvertreter (UStA, Fachschaftsleiter und SP-Präsident) Mitglieder. Der Verein wurde nach einigen Monaten (!) des Wartens Ende März ins Vereinsregister eingetragen. Inzwischen plant die Univerwaltung den Verein wieder aus dem Vereinsregister streichen zu lassen, da angeblich die "Studentenschaft" nicht existiert (auf diesem Begriff beruht die Satzung). Diesen massiven Eingriff in unsere Selbstorganisation werden wir natürlich zurückweisen, wobei neben der Einschaltung unseres Rechtsanwaltes auch größere Aktionen stattfinden könnten. Die bisher vom UStA geleistete Arbeit zum Aufbau einer unabhängigen Interessensvertretung war also einerseits die Organisation von Wahlen, Geldsammlungen, Vereinsgründung usw. Aber das wesentlichste ist wohl, daß wir nach wie vor arbeiten: Interessensvertretung, Service, Beratung, Herausgabe von Infos usw. sind weitergegangen und auch die Fachschaften existieren noch. Aber langfristig ist die Existenz einer unabhängigen Interessensvertretung noch lange nicht gesichert. Grundvoraussetzung dafür ist u.E., daß UStA und Fachschaften ihre Arbeit an den konkreten Problemen der Studenten orientieren, z.B. Zwangsexmatrikulation, Prüfungsveranschärfungen, Massenvorlesungen, Soziales.

Es kommt dabei aber in Zukunft nicht nur darauf an, Verschärfungen im Studienalltag zurückzuweisen, sondern positive Vorstellungen zu entwickeln, z.B. über Studieninhalte oder Studienformen. Auch andere wichtige Themen wie Wohnformen, mit denen wir tagtäglich konfrontiert sind, müssen aufgegriffen und diskutiert werden. Weiter ist natürlich wichtig, daß viele Studenten in UStA, Fachschaften, Arbeitskreisen oder sonstigen Projekten mitmachen, was allerdings voraussetzt, daß sich diese mit Problemen befassen, (s.o.), die die Bedürfnisse der Studenten berücksichtigen. Mit monatelang vorausgeplanten "Massenaktionen" jedenfalls dürfte dieses Ziel kaum erreicht werden. Deshalb wird sich der UStA in nächster Zeit schwerpunktmäßig zu den Themen Studienreform, Repression, Erstsemesterarbeit, Kultur- und Kommunikation arbeiten. Sie bieten Möglichkeiten, eigene Vorstellungen zu entwickeln, aus denen dann konkrete Aktionen entstehen können, die nicht "aufgesetzt" sind.

Wir hoffen deshalb auch, daß wir von Euch Anregungen und Kritik bekommen, denn ein UStA kann nur dann die Interessen vertreten, wenn er sie kennt, d.h. wenn zwischen Studenten und UStA-Mitarbeitern Kommunikation besteht. Und vielleicht möchte sogar der eine oder andere mitarbeiten, denn es gibt viel zu tun: packen wir's an!

Rechtsschlag

Das Unrecht schlägt  
manchmal noch  
den Rechtsweg ein  
der inzwischen verstärkt  
mit Steinen gepflastert wird  
was praktisch ist  
denn ist erst der Rechtsweg  
und damit das Recht weg  
bleiben die Steine  
mit denen man  
den Unrechten  
(den Linken nämlich)  
die Schädel einschlagen kann



# Paradepferd wiwi

Studienreform eröffnen sich damit ungeahnte Perspektiven:

Welche grotesken Ausmaße die in diesem Info dargelegten Studienreform-Strukturen annehmen können, zeigt sich hier in Baden-Württemberg (wie immer) zuerst, konkret erfahrbar für uns im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Hier hat für Baden-Württemberg bereits eine Studienreformkommission ihre Arbeit abgeschlossen und "Empfehlungen" für die Neufassung der Prüfungs- und Studienordnungen erarbeitet. Inzwischen hat die Wiwi-Fakultät der Universität Karlsruhe den zweiten Versuch gestartet, ihre Prüfungsordnungen vom Kultusministerium genehmigt zu bekommen; auch die Ablehnungen sind mittlerweile da.

Unter anderem ist darin zu lesen:

*Die Fächerstruktur (des vorgelegten PO-Entwurfs) orientiert sich im wesentlichen an dem Ergebnis der Studienreformkommission. Die Prüfungsordnung nimmt jedoch nicht immer die nicht nur nach den Empfehlungen der Studienreformkommission, sondern auch nach der Rahmenprüfungsordnung erforderliche Konkretisierung der Prüfungsfächer vor. ...*

*Ebenso wie das Hochschulgesetz verlangt auch das Universitätsgesetz, daß Prüfungsfächer und Prüfungsanforderungen so weit wie möglich konkret zu beschreiben und zu begrenzen sind. Vergleiche im übrigen auch... § 11 Abs. 5, § 18 Abs. 4 Rahmenprüfungsordnung.*

Die Befürchtung bewahrheitet sich also: Die Kommissionsergebnisse und, schlimmer noch, die schon vorher erlassenen "Rahmenordnungen" werden zum Fetisch erhoben, an dem sich alles zu orientieren hat. Für die bundesweite "große"



Bei strenger Handhabung wird in ca. fünf Jahren alles so einheitlich sein, wie es die weisen Kultusminister in ihren Mäuschelgremien jetzt festgelegt haben.

Weiter heißt es im Text:

*Das Inkrafttreten des Universitätsgesetzes macht die Überarbeitung weiterer Bestimmungen der Prüfungsordnung erforderlich. Die Anpassung an das Universitätsgesetz ist umgehend in Angriff zu nehmen.*

Das heißt konkret: Umgehend soll die PO an acht Semester Regelstudienzeit inklusive Prüfungen angepaßt werden!!

Die Konsequenz kann für uns Studenten nur sein, die Prüfungsordnung insgesamt abzulehnen, da die Regelstudienzeiten (in welcher Ausprägung auch immer) prinzipiell nicht akzeptiert werden können.

## Klassische Gitarre

mit Paul Wagner

am 24.5.78, 20.00 Uhr

im Gaede - Hörsaal

EINTRITT 2,-

HANS HEINRICH HÄBERLEIN, ANSBACH  
 WARUM EIN MITGLIED DER "DEUTSCHEN  
 FRIEDENSGESELLSCHAFT - VEREINIGTE  
 KRIEGSDIENSTGEGNER" NICHT LEHRER  
 WERDEN DARF



Insbesondere aufgrund der Einvernahme des Klägers in der mündlichen Verhandlung als Partei muß das erkennende Gericht aber die Feststellung treffen, daß die Einstellungsbehörde ihren Beurteilungsspielraum nicht überschritten hat. Der Kläger hat das Gericht nicht davon überzeugen können und die bestehenden Zweifel daran nicht ausräumen können, daß er jederzeit aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten werde. Dabei ist, um Mißverständnisse zu vermeiden, ganz besonders darauf hinzuweisen, daß nicht die Tatsache, daß der Kläger den Kriegsdienst verweigert und darüber hinaus auch aktiv eine pointierte pazifistische Einstellung vertritt, zu seiner Ablehnung geführt haben. Nicht ausräumbare Zweifel daran, ob der Kläger jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv eintreten werde, haben sich aber insoweit ergeben, als der Kläger gegenüber kommunistischen Zielsetzungen eine nicht genügend klare Abgrenzung vollzogen hat. Der Kläger kennt die Zielsetzungen der marxistischen Weltanschauung und damit des Kommunismus. Wenn er heute, obwohl er in der ersten Stufe seiner Ausbildung damit befaßt war, glauben machen will, er kenne die Zielsetzungen kommunistischer Organisationen nicht oder nicht so genau, so wirkt der Kläger unglaubwürdig. Gerade diese Einlassung konnte für die Einstellungsbehörde Anlaß sein, Zweifel an der notwendigen positiven Einstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu begründen. Diese hat der Kläger auch in der Einvernahme vor Gericht als Partei nicht ausräumen können. Er hat nicht klare und präzise Antworten gegeben, wenn es sich um die Zielsetzungen der DFG-VK und deren innerorganisatorische Verhältnisse handelte. Die Antworten wurden aber dort ausweichend, wo der Kläger nach seinem Verhältnis zum Kommunismus, insbesondere einer Übernahme des DDR-Systems, gefragt wurde. Zwar legte er dar, daß er bereits genannten obersten Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht angetastet wissen will. Ein solches Bekenntnis kann aber dann als verbales Bekenntnis erkannt werden, wenn der Kläger auf der anderen Seite nicht klar zu erkennen gibt, daß er jederzeit bereit sein werde, jeder totalitären Staatsoffassung entgegenzutreten. Hier aber ergeben sich berechnete Zweifel. Der Kläger hat auf die Frage, ob er die DDR trotz Ablehnung einzelner dortiger Verhältnisse insgesamt für gut oder schlecht halte, lediglich ausweichend geantwortet, er sei nicht dort. Auf die weitere Frage, ob er eine Übernahme des DDR-Systems auf die Bundesrepublik Deutschland ablehnen werde, hat er nicht generell die notwendige Antwort gegeben, daß dies wegen der Aufrechterhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes ausgeschlossen ist, sondern deshalb, weil eine große Kriegsgefahr entstehen würde. Seinen weiteren Einlassungen ist zu entnehmen, daß er in der DDR gemachten Versuch, eine andere Gesellschaftsform zu finden, zunächst einmal akzeptierte, es aber nicht seine Aufgabe sei, hierauf Einfluß zu nehmen. Aus dieser Einstellung heraus erklärt es sich wohl, wenn der Kläger sich nicht genügend zu kommunistischen Bestrebungen abgegrenzt hat, obwohl er als Landesvorsitzender einer Vereinigung wie der DFG-VK bei der Mitwirkung von Kommunisten in dieser Organisation immer unter den Zwang einer geistigen Auseinandersetzung mit kommunistischen Zielsetzungen steht. Wenn er nun auf wiederholte Befragungen sowohl bei der Regierung von Mittelfranken als auch vor dem erkennenden Gericht eindeutig die Antwort gegeben hat, er halte Kommunisten für Demokraten, so wird es ihm schwerfallen, kommunistische Bestrebungen, die auf die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzielen, als gegen das Grundgesetz gerichtet zu erkennen und als Beamter entsprechend darauf zu reagieren. Es ist nicht auszuschließen, daß der Kläger diese Zielsetzungen gar nicht erkennt und daher auch nicht in der Lage ist, dann aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, wenn sie in Gefahr ist. Er ist dann vielleicht in die Situation eines Mannes gedrängt, der ratlos den Geschehnissen zusieht, sich freilich nicht etwa aktiv am Sturz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung beteiligen wird, aber auch nicht in der Lage sein wird, diesem Sturz durch eigenes aktives Verhalten entgegenzutreten. Der Kläger ist damit nicht etwa zu einem sogenannten Verfassungsfeind abgestempelt. Darunter versteht man einen Menschen, der die freiheitlich-

demokratische Grundordnung aktiv bekämpft. Dazu gehört der Kläger nicht. Die Ablehnung einer Übernahme in das Beamtenverhältnis kann aber nicht nur dann erfolgen, wenn ein Bewerber die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv bekämpft, sondern schon dann, wenn er ihr etwa gleichgültig gegenübersteht. Deshalb geht das Beispiel des Klägers, das er in der mündlichen Verhandlung von einem kommunistischen Lehrer gezeichnet hat, der nichts gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung unternimmt, fehl. Nicht nur aktiv betriebene Bestrebungen zum Sturz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung schließen die Übernahme aus, sondern bereits eine gleichgültig distanzierte Haltung. Eine solche glaubt die Kammer aber in den Ausführungen des Klägers zur sogenannten gewaltfreien Verteidigung zu erkennen. Die von Prof. Dr. Ebert in Zusammenhang mit der gewaltfreien Verteidigung erörterte Herstellung basisgerechter Strukturen vertritt auch der Kläger. Die von ihm dazu gegebene Auslegung läßt erkennen, daß er offenbar Strukturen sieht, die der Verwirklichung der Verfassungsordnung entgegenstehen. Das bedeutet wohl, daß der Kläger die derzeitige Ausgestaltung der Verfassungsordnung noch nicht so weit gediehen ansieht, daß er selbst jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in ihrer jetzigen Prägung aktiv eintreten wird. Möglicherweise wäre er nur dann dazu bereit, wenn auch die von ihm beabsichtigten Änderungen Wirklichkeit geworden wären.

Nach alledem bleibt festzustellen, daß es dem Kläger nicht gelungen ist, bestehende Zweifel daran auszuräumen, ob er als Beamter jederzeit und insbesondere in Krisenzeiten bereit sein wird, die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv zu verteidigen.

Die Klage war daher abzuweisen.

... DA DER ANGEKLAGTE DURCH EIMEN VERTEIDIGER SEINER LIANL VERTEIDIGT WIRD, ERHEBE ICH ZUSÄTZLICH ANKLAGE LIEGEN KRIMINELLER VEREINIGUNG...

### ANTEIL DER BAFÖG EMPFÄNGER GESUNKEN

Der Anteil der Bafög Geförderten sank von 46% (1973) auf 38% (1976). Dies hat verschiedene Gründe, liegt aber nicht daran, daß weniger Studenten eine Förderung benötigen. Die zur Berechnung maßgebenden Einkommen der Jahre 1973 und 1974 wiesen erhebliche Steigerungsraten auf, die Freibeträge werden aber nur alle zwei Jahre angepaßt. Außerdem wurde 1975 der sogenannte 'relative Freibetrag' geändert. Diese Regelung besagt, daß der Teil des Einkommens, der den Freibetrag übersteigt, bei der Berechnung der Förderungsbeträge zu einem gewissen Anteil angerechnet wird. Dadurch soll das abrupte Herausfallen aus der Förderung nach Überschreiten des Grundfreibetrags vermieden werden. Die Änderung bewirkte, daß Familien mit vier und mehr Kindern höhere Freibeträge zur Geltung bringen können. Dies geht aber zu Lasten der Familien mit weniger als drei Kindern. Da es mehr Familien mit zwei und drei Kindern als solche mit vier und mehr, fielen viele Studenten im Rahmen dieser Maßnahme aus der Förderung.

### TATSÄCHLICHE AUSGABEN DER STUDENTEN

Für die Aufstellung der tatsächlichen Ausgaben des Jahres 1976 wurden im Rahmen der Sozialerhebung Fragebögen von Studenten, die unverheiratet sind und nicht bei Eltern oder Verwandten wohnen oder essen, ausgewertet. Bei den nach Verwendungszwecken getrennten Ausgaben wurde der Betrag ermittelt, der von der Hälfte nicht erreicht, von der Hälfte überschritten wird: der Zentralwert.

Ausgabeart	Zentralwert in DM		
	1976	1973	1966
Miete (Untermieter bei Privatleuten oder in Wohngemeinschaft)	160	138	90
Fahrtkosten	34	29	16
Ernährung (ohne Hilfe von daheim)	212	196	130
Körperpflege/Friseur	18	16	10
Lehrbücher	30	26	24
Sonst. Lehrmittel	6	5	5
Anschaffung von Kleidung und Schuhen	44	42	30
Kleiderpflege/Reparaturen	12	11	10
Sozialbeitrag	4	16	7
Sonstige Ausgaben	118	95	57
<b>Gesamtbetrag pro Monat</b>	<b>638</b>	<b>574</b>	<b>379</b>

Die tatsächlichen Ausgaben stiegen von 1973-1976 um 11,1%. Während dieser Zeit erfolgte jedoch eine Erhöhung des Lebenshaltungskostenindex, der vom Statistischen Bundesamt errechnet wird, um rd. 18%.

Die Studenten hatten weniger Geld zur Verfügung und waren gezwungen sich stark einzuschränken. Dies zeigt auch die Aufstellung. Die relativ flexiblen Ausgaben stiegen unterproportional. So erhöhten sich die Ausgaben für Ernährung (8%), für Anschaffung von Kleidung und von Schuhen (5%), für Kleiderpflege und Reparaturen (9%).

Die Befragten gaben an, daß sie ca 50 DM mehr also 690 DM benötigen würden, um auszukommen.



Die Studien sind beschwerlich und kostspielig, aber die Studenten verlieren den Mut nicht

### STUDENTISCHER MARENKORB

Eine Expertengruppe des DSW stellte für das Jahr 1976 folgenden Gesamtbedarf zusammen:

1. Ernährung (ohne Genüßmittel wie Alkohol, Nikotin)	220,-
2. Haushaltsführung	117,-
3. Körperpflege	120,-
4. Beschaffung von Kleidern und Schuhen	45,-
5. Reinigung und Reparatur von Wäsche u. Schuhen	18,-
6. Lern- und Arbeitsmittel	52,-
7. Unterhaltung (Tageszeitung, Rundfunkgebühren usw.)	13,-
8. Studentenwerks- und Versicherungsbeiträge (ohne Krankenversicherung)	6,-
9. Verkehrsmittel	35,-
10. Sonstiges (z. B. Bank-, Postgebühren usw.)	44,-
<b>Lebensbedarf insgesamt</b>	<b>690,-</b>

Nicht enthalten sind hierbei Aufwendungen für Urlaub, Auto u.a. Es fehlen die Aufwendungen für die Krankenversicherung. Ebenfalls nicht aufgeführt sind die Kosten für die Unterkunft.

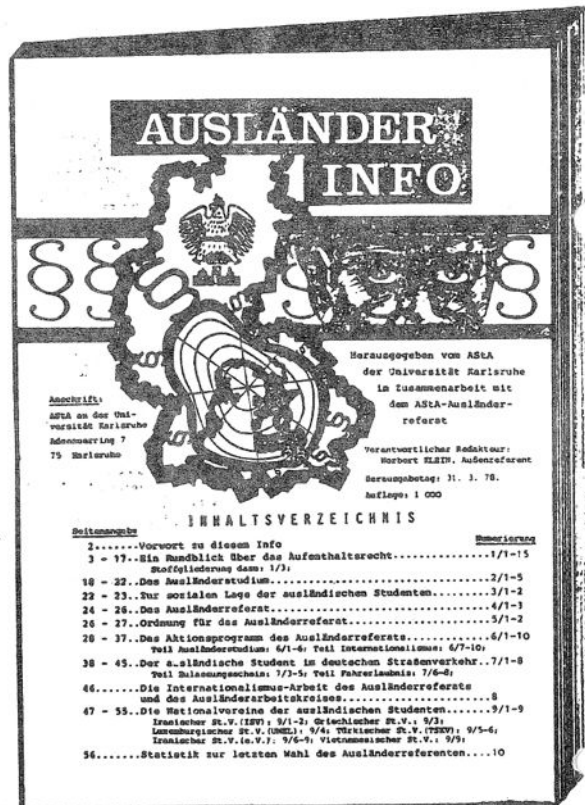
SPRACHKURSE

Kostenlose Deutschkurse werden vom Studienkolleg angeboten. Bedingung ist allerdings, daß man die Voraussetzung für die Zulassung zum Studium erfüllt und sich bereits um diese beworben hat. Alle nötigen Auskünfte erteilen das Karlsruher Studienkolleg und das Akademische Auslandsamt, beide gelegen Karlstraße 42 - 44.

Auch der Allgemeine Studentenausschuß bietet kostenlose Deutschkurse an, sofern genügend Leute an einem solchen Kursus interessiert sind. Man informiere sich hierüber im Ausländerreferat.

WICHTIGER HINWEIS: "Ausländer-Info" →

Das Außenreferat der Studentenschaft hat in Zusammenarbeit mit dem Ausländerreferat eine umfassende Informationsschrift zu den ausländerspezifischen Problemen herausgegeben. Dieses Ausländer-Info enthält u. a. eine ausführliche Beschreibung der rechtlichen und praktischen Gesichtspunkte des Aufenthaltsrechts sowie aller rechtlichen Verfahrensfragen der Beantragung und der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis sowie des Vorgehens bei Ablehnung derselben.



*Termine:*

ani-rock

jeden Mittwoch, 19.00 Uhr im Gaede  
am 25. Okt. mit PRISMA

Portugal

Veranstaltung des USTA am 12. Nov.,  
20.00 Uhr im Gerthsen. Vorverkauf USTA.  
mit G. Wallraff und J. Alfonso



# Wie soll es weitergehen?

Wie im letzten Semester werden wir auch im Wintersemester die Priorität unserer Arbeit auf die Themen Studienreform (mit ihren Auswirkungen im Bereich der Regelstudienzeiten und Zwangsexmatrikulationen), Kommunikation, Repression und Erstsemesterarbeit legen.

Im Bereich der Erstsemesterarbeit kommt es vor allem darauf an, den Kommilitonen auch während des Semesters zu helfen und sich nicht auf den Lorbeeren der O-Phasen, die diesem Jahr in erfreulich vielen Fachbereichen stattgefunden haben, auszuruhen. Außerdem muß die Auswertung der O-Phasen, die in vielen Fachbereichen schon durchgeführt wurde, ausgetauscht werden. Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Erstsemester, die eine O-Phase mitgemacht haben, an dieser Auswertung mit-helfen würden. Als nächstes steht am 25. 11. der Abituriententag an, an dem Abiturienten der verschiedenen Schulen Gelegenheit bekommen sollen, einen Einblick in die Universität zu erhalten.

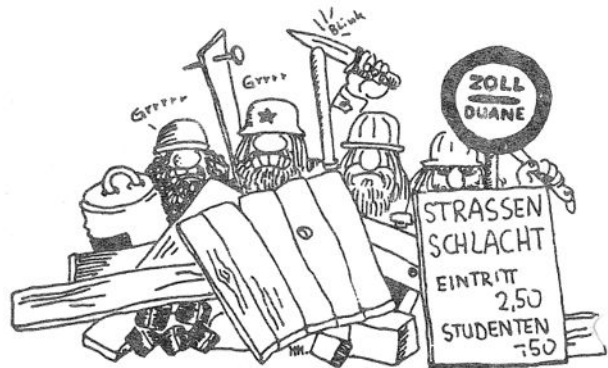
Im Bereich der Repression werden wir verschiedene Veranstaltungen durchführen und versuchen, in der Vorbereitung der Veranstaltungen die notwendigen Informationen in Form von Infos und Flugblätter, zu vermitteln. Konkret geplant sind bisher Veranstaltungen am 10. November zu Nicaragua, am 12. November zu Portugal sowie am 8. Dezember zur Vorbereitung der 2. Sitzung des Russel-Tribunals.

Ein sehr wichtiger Aspekt ist der Bereich Kultur und Kommunikation. Hier besteht unserer Meinung nach die Chance, die Isolierung, in der sich die Studenten an einer Massenuniversität ausgesetzt sehen, aufzuheben und dem einzelnen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu vermitteln. Nur dadurch wird es in Zukunft auch möglich sein, die Studenten zu solidarisieren und zu gemeinsamen Handlungen gegen Studienverschlechterungen zu bringen. Um einen Treffpunkt für die Studenten zu finden, werden wir auch in diesem Jahr weiter an dem Aufbau eines Kommunikationszentrums arbeiten.

Zum anderen soll versucht werden, ein möglichst vielfältiges Prgramm, das für jeden interessante Punkte enthält, im WS anzubieten. Neben der "Uni-Rock"-Reihe, die jeden Mittwoch stattfindet, sind Aufführungen der verschie-

denen Karlsruher Theater geplant. Unter dem Motto "Unsere Mensa soll schöner werden", sind Ausstellungen in der Mensa geplant.

Am schwierigsten ist wohl die Arbeit auf dem Gebiet der Studienreform. Hier muß auf verschiedenen Ebenen gearbeitet werden. Zum einen gilt es eine Änderung des gesetzlichen Rahmenwerks zu erreichen, also gegen HRG und LHG zu arbeiten. Dies kann allerdings, wenn man die Kräfteverhältnisse realistisch einschätzt, nicht kurzfristig erreicht werden. Schwierig ist dies vor allem, da das Gesetzeswerk sehr unüberschaubar ist und vor allem Aktionen gegen die Gesetze, so notwendig sie auch sind, die Gefahr beinhalten, daß sie zu abgehoben sind und somit den Studenten nicht einleuchten. Das führt dazu,



daß die Studenten nicht geschlossen Widerstand leisten und es für die Gesetzgeber relativ einfach wird, Restriktionen im Studium durchzuführen.

Trotzdem sollte hier keine Resignation bei den Studenten aufkommen. Wichtig ist vor allem, daß den jüngeren Kommilitonen, die die Situation vor Einführung des neuen LHG nicht kannten, die Verschlechterungen, die sich daraus ergaben, klar werden, daß auch sie mit uns für eine gesetzliche Neuregelung arbeiten.

Zum anderen muß man kurzfristig daran arbeiten, die Umsetzung des LHG zu verhindern. Kein Gesetz zeigt Auswirkungen für die Betroffenen solange es noch nicht umgesetzt ist

Die Schwierigkeit, die sich hier bietet, liegt in der zeitlich unterschiedlichen Umsetzung an den einzelnen Fachbereichen. In den letzten Jahren hatten wir es immer mit Aktionen zu tun, die sich gegen Gesetze auf Landes- und Bundesebene richteten, so daß klar war, daß dies alle Fachbereiche gleichermaßen betraf. Nun besteht das Problem, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt nur ein Fachbereich, wie zum Beispiel jetzt WiWi von der Einführung einer neuen Prüfungsordnung betroffen ist. Der Ausgangspunkt des Widerstands liegt also bei diesem Fachbereich.



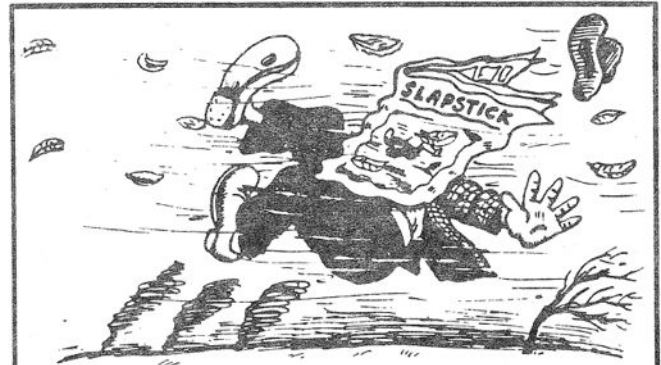
Damit keine Isolierung der einzelnen Fachbereiche auftritt, ist es notwendig, daß die Studenten der anderen Fachbereiche sich solidarisieren und einsehen, daß sie die gleichen Probleme haben werden. Weiter gilt es zu verhindern, daß am Ende des Semesters Studenten durch Zwangsexmatrikulationen betroffen werden. Hier ist besonders wichtig, daß niemand resigniert und sich freiwillig exmatrikuliert. Durch die Einschüchterungsmethode der drohenden Zwangsexmatrikulation zwingt es der Bürokratie immer wieder, Studenten dazu zubewegen, sich selbst zu exmatrikulieren und dann anschließend zu behaupten: „die Regelstudienzeit ist nicht so schlimm wie die Studenten immer behaupten, bisher ist noch niemand zwangsexmatrikuliert worden.“ Am sinnvollsten ist es, wenn die Studenten, die von Zwangsexmatrikulation bedroht sind, sich zusammenzufinden, so daß das Gefühl allein davon betroffen zu sein wegfällt.



Ein genauso wichtiger Punkt in diesem Bereich ist das Problem der hohen Durchfallquoten und somit des inneren Numerus Clausus. Hier wird versucht, die Studenten schon vor dem Vordiplom aus dem Studium herauszuprüfen. Wir werden in diesem Semester uniweit gegen diese Mißstände vorgehen.

ANZEIGE

„Warum ich ohne die Zeitschrift SLAPSTICK nicht mehr leben kann.“



Albert Hübner, Bühnenbildner (31), aus Hamburg: „Wer SLAPSTICK liest, wird den umwerfend komischen Humor schnell schätzen lernen!“

**SLAPSTICK**

Das Weltblatt des Humors  
Immer Mitte des Monats am Kiosk · DM 2,60



# Warum Kommunikations- und Kulturarbeit ?

Eine der Hauptursachen, daß die gerade skizziert Situation der Studenten heute so negativ ausfällt, ist das Fehlen jeglichen Bewußtseins für die Rolle als Student - und hier ist nicht etwa elitäres Bewußtsein gemeint, sondern überhaupt Bewußtsein als Voraussetzung für die Erkenntnis eigener Interessen.

Es muß jedem klar werden - sowohl uns Studenten als auch der Gesellschaft - daß Schule und Hochschule, aber auch jede andere Art von Ausbildung, keine wertfreien und unabhängigen Lebensabschnitte zwischen Kindergarten und Beruf sind, sondern daß gerade in dieser Zeit für jeden von uns sich das spätere Leben ganz entscheidend vorprägt. Es ist einfach nicht egal, was und wieviel man in einer Ausbildung lernt, mit welchen Lehrmethoden man sich auseinandersetzen muß und ob Zeit bleibt, das Gelehrte zu diskutieren und zu hinterfragen. Es ist auch nicht egal, ob man, wenn man überhaupt einen Job findet, mit mehreren tausend Mark Schulden anfängt, weil bei der schwachsinnigen Situation Einführung der Regelstudienzeit - BAFÖG-Kürzungen viele Studenten einerseits nicht mehr in den Semesterferien Geld verdienen können, andererseits wegen der sinkenden Förderung auch nicht mehr genug für ihren Lebensunterhalt haben.



... deshalb :



Genausowenig darf einen die Tatsache gleichgültig lassen, daß man bei seiner privaten Meinungsbildung über die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik, bei der Meinungsbildung zu Themen wie "Wertfreiheit der Wissenschaft" (siehe zB. das Verbot der Ausstellung 'Chemische Kampfstoffe' der FS Chemie durch das Dekanat) oder die Rolle des Ingenieurs in der Gesellschaft o.ä. jeden zweiten Gedanken an den Verfassungsschutz verschwenden muß, um die eigene berufliche Zukunft zu sichern.

Hier dreht es sich um ganz konkrete studentische Interessen und es gilt jedem klarzumachen, daß auch er davon betroffen ist ! Und Voraussetzung für diesen Prozeß ist, daß das verfluchte Konkurrenzdenken endlich aufhört, daß es wieder zu einer Solidarisierung zwischen uns Studenten kommt, die gemeinsames

-5- Handeln möglich macht.

Erst dann können wir auch Solidarität von anderen Teilen der Bevölkerung erwarten und erst dann werden auch die sogenannten "Massenaktionen" wirklich von vielen gemeinsam getragen.

Diese Solidarität zu schaffen ist das langfristige Ziel unserer Kommunikations- und Kulturarbeit. Deshalb arbeiten wir für die Errichtung eines Studentenzentrums in oder nahe der Hochschule, deshalb führen wir Musikveranstaltungen durch, werden in der Mensa eine Studentengalerie eröffnen und deshalb arbeiten wir eng mit dem Arbeitskreis Kommunikation AKK zusammen. Es müssen überhaupt erst einmal Möglichkeiten geschaffen werden, sich außerhalb von Vorlesungen in der Uni zu treffen, die Uni muß so gestaltet werden, daß der Einzelne überhaupt akzeptiert, daß er hier seinen primären Lebensraum für mehrere Jahre hat. Erst dann wird er überhaupt zu Engagement, zur Mitarbeit an notwendigen Veränderungen bereit sein

Bisher ist alles nur Stückwerk, aber ein Anfang ist gemacht. Unser nächster Schwerpunkt wird sein, diese Aktivitäten zu erweitern, zusammen mit dem AKK vor allem Arbeitskreise zu möglichst vielen Themen zu gründen und sie in den Fachbereichen und Fachschaften zu verankern - denn der Schwung muß letztendlich von der Basis kommen.

Was wir brauchen sind Anregungen, Vorschläge und Kritik, und vor allem Leute, die mithelfen diese Dinge zu verwirklichen !

Wacht auf,  
Verdammt diese  
Erde !



## „uni-rock“ und andere Sorgen

Seit diesem Wintersemester machen wir zusammen mit der Musikinitiative Karlsruhe MIK - ein Zusammenschluß Karlsruher Rockmusiker - die Konzertreihe "uni-rock". Diese Reihe soll der Anfang eines breiten Musikangebots aus allen Bereichen von der Klassik über Folk bis zum Jazz werden, mit der Absicht, jedem Studenten etwas bieten zu können. Vom Konzept her ist beabsichtigt, mit bereits bestehenden Vereinigungen wie Folk- oder Jazzclub zusammenzuarbeiten, so wie das im Fall "uni-rock" mit der MIK geschieht. In den Pausen und nach den Konzerten soll bei Bier & Brezeln die Möglichkeit gegeben werden, noch zusammensitzen, Leute zu treffen und sich zu unterhalten.

So gut die Idee vielleicht sein mag, sie stößt zur Zeit auf drei Schwierigkeiten: Raumprobleme, Publikumsresonanz und Arbeitskräftemangel.

### Raumproblem

Wie wohl jeder weiß, sieht es an dieser Uni mit Räumlichkeiten für Veranstaltungen aller Art sehr düster aus. Es gibt außer dem Wahl-

essenraum keinen speziellen Veranstaltungssaal mit Bühne, als Hilfslösungen kommen nur Gaede- und Gerthsenhörsaal in Frage. Der Wahlessenraum ist teuer, da anschließend von Aretz-Clean gereinigt werden muß, dauernd belegt und unter der Woche kaum zu bekommen (das gleiche gilt auch für die Mensa). Im Gerthsen-HS gibt es jedesmal unheimliche Schwierigkeiten, bis die Techniker für die Experimentalphysikvorlesungen bereit sind, einen Teil der Bühne freizumachen, und selbst dann klappt meistens nur die Hälfte. Der Gaede-HS ist zwar von der Bühne und dem Drum herum her recht günstig, aber mit 250 Plätze für viele Veranstaltungen zu klein.

Die Hörsäle HMO und HMU haben keine Bühne. Sie sind also für Diskussionen oder Filmvorführungen geeignet. Die Atmosphäre ist in einem Hörsaal naturgemäß nicht so besonders, im Gaede ist sie noch am besten. Für kleine Veranstaltungen mit 20 - 50 Besuchern (Arbeitskreise, Liederabende, Dichterlesungen usw.) sind Seminarräume sehr unpersönlich und außerdem genau so schwierig zu bekommen (z.B. hat das Dekanat Chemie beschlossen, grundsätzlich keine Räumlichkeiten an Studenten mehr zu vergeben).

Um diese Situation zu verbessern, bemühen wir uns nun z.Zt. darum, die zum SS 1979 freiwerdende alte Turnhalle zu erhalten, wir untersuchen uniweit die Raumsituation, um einmal eine Liste mit den verfügbaren Räumen zu haben, wir arbeiten zusammen mit dem Arbeitskreis Kommunikation (AKK) an der Errichtung eines studentischen Zentrums im alten Stadiongebäude oder im Rahmen der Altstadtanierung (siehe auch AKK-Artikel), und wir nehmen Einfluß auf die Planung der zweiten Mensa mit dem Ziel, dort ein "audimax" zu integrieren.

## Arbeitskräftemangel

... notorisches Problem ist und bleibt (...hoffentlich nicht!) der Mangel an Leuten, die bereit sind, im UStA mitzuarbeiten, und zwar möglichst ehrenamtlich und eigeninitiativ. Wir hatten nach dem letzten "uni-rock"-Konzert eine Diskussion mit Erstsemestern, die überhaupt nicht glauben wollten, daß der komplette UStA versammelt werden mußte, damit Leute da waren, um den Hörsaal zu fegen, Bier auszuschenken, den Weg zum Hörsaal zu beschildern und anschließend noch die halbe Nacht die Plakatständer der Portugal-Veranstaltung abzubauen. Das gleiche gilt für Aktionen wie dem gelungenen Infostand zum Jahrestag des LHG am 10.11.1978, die Wohnraumaktion, das Straßenfest im letzten Sommersemester oder das Uni-Faschingsfest am 19.1.1979. Gleichzeitig müssen aber noch UStA-Infos geschrie-  
ben, umgebrochen und gelegt werden, un-  
unterbrochen verhandelt irgendeiner von uns mit irgendeiner Stelle in der Univerwaltung über Kopierer, Druckerei, Autovermietung, Hörsaalvergaben, Kindergarten usw., dann aber auch über so handfeste Dinge wie Zwangsexmatrikulationen, Ersatzgelder, Prüfungsordnungen, und, und, und - nicht zu vergessen Themen wie Studienreform oder Überprüfung von Hilfsassistenten durch den Verfassungsschutz. Daneben bleibt dann noch die Satzungsdiskussion im SP, die Erarbeitung von langfristigen Strategien gegen das LHG und für die Verankerung der Verfaßten Studentenschaft sowie die Koordination mit den Aktivitäten der einzelnen Fachschaften. Wenn dann mal gerade nichts zu tun ist (kommt sowieso nie vor), sind noch genug Studenten da, die eine Beratung zu Bafög, Studienfachwechsel oder sonst einem Thema möchten. - Das einzige, was wir nie haben, ist Lange-  
weile. -7-

Diese Aufzählung ließe sich noch beliebig verlängern und bedürfte an sich keines weiteren Kommentars. Doch eines sollte man noch sagen: Es geht nicht darum, Leute zu finden, die die Dreckarbeit machen, sondern darum, daß man eine effektive Studentenvertretung nicht wie einen Arbeitskreis organisieren kann, wo jeder alles macht. Wir sind einfach gezwungen, die anstehenden Arbeiten stärker zu verteilen und auch mal zu delegieren, sonst ist irgendwo halt der Punkt erreicht, wo einfach nicht mehr alle Interessen berücksichtigt werden können - obwohl jeder, der den freiwilligen Beitrag von 8 DM pro Semester zahlt, einen Anspruch darauf hat, daß auch seine Interessen berücksichtigt werden.

(Man muß dazu sagen, daß die Probleme in den meisten Fachschaften ganz ähnlich sind, wer also nicht im UStA mitarbeiten will, sollte doch mal in seiner Fachschaft nachfragen, die werden ihn mit offenen Armen empfangen!)

## Publikumsresonanz

Es fanden bisher insgesamt vier Konzerte in der Reihe "uni-rock" statt. Zum Eröffnungskonzert mit Poseidon und Checkpoint Charlie kamen etwa 500 Leute, z- den beiden folgenden etwa je 120, und beim letzten Mal waren 30 Leute da. Bemerkenswert ist, daß der Anteil der Studenten unter den Besuchern immer höchstens 40% war, obwohl gerade in der Uni die Werbung viel besser war als in der Stadt.

Uns ist es jetzt völlig rätselhaft, warum diese Konzerte auf so geringes Interesse stoßen. Ist der Termin (Mittwoch), ist die Zeit (19.00 Uhr), ist der Eintrittspreis (4,-- DM) so ungünstig, oder sind die Karlsruher Bands für die ungeheuren Ansprüche des studentischen Publikums nicht gut genug? Oder ist die Tatsache, daß so was in der Uni stattfindet (Gaede-Hörsaal), so abschreckend, daß niemand hinget?

Sagt uns doch mal Eure Meinung - z.B. nach dem nächsten Konzert mit INQUEST und SHADY GROVE am 29.11.78 - oder werft uns einfach einen Zettel in den UStA-Briefkasten vor dem Geschäftszimmer.

# Arbeitskreis Kommunikation

Seit WS 78/79 gibt es an der Uni Karlsruhe einen Arbeitskreis Kommunikation, der allerdings den meisten Studenten noch unbekannt zu sein scheint. Wir möchten uns hier daher mal etwas ausführlicher vorstellen.

Der Arbeitskreis Kommunikation wurde vor einem Jahr auf Initiative des damaligen AstA hin gegründet. Ziel war und ist die Einrichtung eines "Kommunikationszentrums", durch das wir sowohl den Studenten an Uni, FH, Ph, etc., als auch den Karlsruher Bürgern, vor allem Jugendlichen, eine Möglichkeit bieten möchten Leute kennenzulernen.



Kommunikationssituation

JETZT ...

Dieses Zentrum soll von Studenten selbstverwaltet werden. Dazu gehört unserer Meinung nach:

die Möglichkeit für Gruppentreffs, ein Raum für kleine bis mittlere Veranstaltungen, Treffpunkte, z.B. tagsüber Teestube, abends Kneipe.

Auf diese Punkte soll hier noch etwas näher eingegangen werden. Unter Gruppentreffs verstehen wir nicht nur organisierte Gruppen, sondern wir möchten auch "losen Haufen" Möglichkeiten bieten, sich mal in Ruhe zu unterhalten, zu lesen oder sonst was. Für Arbeitskreise wie Theatergruppen, Musiker, etc. kann vielleicht auch ein Übungsraum eingerichtet werden.



"Kleine bis mittlere Veranstaltungen" sind solche Sachen, für die das Wohnzimmer zu klein und ein Hörsaal zu ungemütlich sind. So z.B. Dichterlesungen, Konzerte, Theater, (Dia-) Vorträge, Tanzveranstaltungen oder anderes. Wir versuchen, vor allem noch nicht so bekannte Künstler bzw. Gruppen zu engagieren und auch die Eintrittspreise möglichst niedrig zu halten.

Als Treffpunkt denken wir an eine gemütliche Kneipe oder Teestube, in der man etwas trinken kann, ohne sich um den in BAFÖG für derlei Vergnügen bestimmten Etat allzu große Sorgen machen zu müssen. Darüber hinaus soll die Möglichkeit geboten werden, in Workshops selbst aktiv zu werden, zu lesen, zu malen, seine eigenen Werke auszustellen und anderes.

Für dieses Studentenzentrum kommen das alte Stadiongebäude oder zwei Häuser in der Zähringer Str. in Frage.

Zunächst zum alten Stadiongebäude: da am Schloßgarten das neue Sportinstitut gebaut wurde, soll in absehbarer Zeit das alte Stadion frei werden. Der Umzug der Sportlichen hat sich bis jetzt rausgeschoben; wir sind aber zuversichtlich, daß dieser bis Ende SS 79 abgeschlossen ist. Dieses Gebäude wäre für uns fast ideal, denn es enthält außer der Turnhalle, die für Veranstaltungen sehr gut geeignet ist, noch einige kleinere Räume, die man als Arbeitsräume für Gruppen nutzen kann, und auch eine Kneipe läßt sich dort prima einrichten.

Im Unibebauungsplan ist der Stadionbau langfristig zum Abriß vorgesehen. Bis dahin möchten wir hier (nach einigen Renovierungen) unser Studentenzentrum einrichten. Der AKK hat für dieses Haus genaue Pläne ausgearbeitet und vorgelegt.

Zur Zähringer Str.: Unser Arbeitskreis bemüht sich um zwei nebeneinanderliegende Häuser in der Zähringer Str. für ein selbstverwaltetes "studentisches Zentrum". Diese Häuser werden im Zuge der Stadtsanierung demnächst frei und müssen dann noch umgebaut werden (großer Veranstaltungssaal, Arbeitsräume, Lüftung, Schallschutz und anderes).



Für dieses Projekt haben wir ebenfalls recht genaue Vorstellungen. Wer sich dafür interessiert, soll mal zum AKK-Treff kommen (mittwochs, 18.30 Uhr im Geschäftszimmer) oder sich sonst wie mit uns in Verbindung setzen.

Der AKK möchte dazu beitragen, den Kontaktmangel unter den Studenten abzubauen und geeignete Alternativmöglichkeiten anzubieten. Um dies durchzusetzen, stellen wir seit November für jeden Monat ein "Programmplakat" zusammen, das wir in der Uni und in studentischen Anlaufzentren aushängen. Dazu sammeln wir Termine und Veranstaltungen von allen möglichen Gruppen, die für Studenten von Interesse sein können, wie z.B. studentische Gruppen, Arbeitskreise, Kinos, Theater, Musikgruppen, Kneipentermine usw.

Natürlich ist das für uns nicht ganz einfach. Woher bekommen wir diese Daten?

Wir haben uns bemüht und bemühen uns, mit möglichst vielen Gruppen in Kontakt zu treten, um deren Programme zu erfahren, besonders solche, die nicht in der Zeitung veröffentlicht werden und keine große Publikation haben. Der AKK spielt also eine Art Vermittlerrolle. Wir freuen uns über die Mitteilung von Veranstaltungsterminen (Diskussionen, Ausflügen, Fahrten, Festen, regelmäßigen Treffs, Vorhaben, Arbeitskreisen, Vorträgen), versuchen sie in unserem Rahmen (Programmplakat, Anschlagbrett) anderen Studenten zugänglich zu machen und weiterzuinformieren. Dadurch hoffen wir, Studenten neue Anregungen und Möglichkeiten zur eigenen aktiven Entfaltung zu vermitteln.

Um das studentische Freizeitangebot etwas zu erweitern, haben wir in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat des UStA das "Uni-Theater" ins Leben gerufen. Wir sind mit den Karlsruher Theatern (Bad. Staatstheater, die Insel, Kammertheater, Sandkorn, Käuze) in Verbindung getreten und wollen an einigen Montagen im Semester Theaterstücke anbieten. Der Anfang dieser hoffentlich erfolgreichen Reihe macht das Theater Die Insel am Montag, den 4. Dezember mit dem Stück "Triangel" von James



... und KÜNFTIG!

Saunders und das Stück "Allein zu Haus" von Dino Buzzati (zwei Einakter) Als nächstes Stück ist ein Gastspiel des Bad. Staatstheaters "Flüchtlingsgespräche" von Berthold Brecht vorgesehen. Die Vorstellungen finden jeweils um 19.30 Uhr im Gaede-Hörsaal statt. Anschließend besteht die Möglichkeit zur Diskussion mit den Schauspielern.

Natürlich ist ein Hörsaal kein Theater, aber wir finden, daß es doch ein lukratives Angebot ist, wenn man für DM 4,-- oder DM 5,-- in der Uni mal eine Aufführung besuchen und nachher auch seine Meinung mit anderen Menschen besprechen kann. Die Stücke, die die einzelnen Theater aufführen, sind natürlich auf das Publikum und die gegebenen örtlichkeiten abgestimmt.

# usta info 20

HERAUSGEGEBEN VON DER UNABHÄNGIGEN  
STUDENTENSCHAFT

JANUAR 79

V.I.S.D.P.: MICHAEL KOLLATZ

# UNI-FASCHING

20.1.79

20%

# PROGRAMM





# usta info 20

HERAUSGEGEBEN VON DER UNABHÄNGIGEN STUDENTENSCHAFT  
 V.I.S.D.P.: MICHAEL KOLLATZ

## Wahlergebnisse Studentenparlament

Wahlberechtigte: 11.613  
 Gewählt haben: 3.528 = 30,4% (Vorjahr: 33,8%)  
 Ungültig 46  
 Enthaltungen 362 = 10,4%

	1979			1978	
ProWIWI	396 Stimmen	11,4%	3 Sitze	5,9%	2 Sitze
MSB Spartakus	386 Stimmen	11,1%	3 Sitze	9,4%	3 Sitze
SLH	457 Stimmen	13,1%	4 Sitze	9,0%	3 Sitze
Aktionsprogramm für den Aufbau gewerk- schaftlicher Ver- tretungsorgane	109 Stimmen	3,1 %	0 Sitze	( 3,0% 1 Sitz )	
SHB	146 Stimmen	4,2 %	1 Sitz	( 4,8% 2 Sitze)	
JUSO-Hochschulgruppe	1209 Stimmen	34,7 %	11 Sitze	30,0%	12 Sitze
lhv	417 Stimmen	12,0 %	3 Sitze	7,5%	3 Sitze
RCDS	nicht kandidiert			17,6 %	7 Sitze
Fachschaften- liste	nicht kandidiert			7,1 %	2 Sitze
	<hr/>			<hr/>	
	25 Sitze			35 Sitze	

# usta info



HERAUSGEGEBEN VON DER UNABHÄNGIGEN STUDENTENSCHAFT  
V.I.S.D.P.: MICHAEL KOLLATZ

mai 79

## VERFASSUNGSSCHMUTZ

Vorgestern wurden Tatsachen, betreffend die Universitäten in Baden-Württemberg, bekannt, die aber neben Havemann, SALT-Verhandlungen und Terroristenbekämpfung vergleichsweise wenig Raum in den Medien bekamen. Es geht mal wieder um Schnüffelei; in der Frankfurter Rundschau lasen sich die Tatsachen so:

### Verfassungsschutz forderte Studentenlisten an

STUTT GART, 9. Mai (dpa). Außenstellen des baden-württembergischen Landesamts für Verfassungsschutz haben von drei Universitäten des Landes sämtliche Studentenlisten angefordert, um damit etwaige Extremisten feststellen zu können. Dies bestätigte ein Sprecher des Stuttgarter Innenministeriums am Mittwoch. Die Listen seien von den Universitäten noch nicht herausgegeben worden.

Wie das Ministerium mitteilte, hat inzwischen der Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz, Dieter Wagner, die Außenstellen seiner Behörde angewiesen, solche Listen von den Universitäten weder anzufordern noch entgegenzunehmen. Möglicherweise doch vorhandene Listen sollen laut dieser Weisung „unverzüglich“ vernichtet werden. Stuttgarts Innenminister Guntram Palm (CDU) „mißbilligte“ die „unüberlegten, auf bürokratischem Übereifer beruhenden Anforderungen der Studentenlisten“.

Wie um alles in der Welt kann jemand auf die Idee kommen, mit Hilfe einer vollständigen Studentenschaftsliste Extremisten feststellen zu können? Die Antwort auf diese Frage schon würde die Abschaffung des Verfassungsschutzes wegen Dummheit seiner Beamten rechtfertigen. Aber die Bedeutung dieses Vorfalles liegt für uns woanders: Mag das betreffende Bürokratenhirn noch so krank gewesen sein, mag man den Versicherungen des Innenministers oder den Willenserklärungen des Verfassungsschutzleiters sogar Glauben schenken, es liegt wiederum ein Beispiel einer hochschulfeindlichen Mentalität vor: Man sucht unter den Studenten (wen oder was man auch immer suchen mag). Das Fundament für derartige Ressentiments wurde von der "öffentlichen Meinung" und ihren Machern schon vor Jahren gelegt; der deutlichste Gipfel war bei uns die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft mit Argumenten von der "Trockenlegung der Sümpfe".

Es ist gerade eine Woche her, daß die CDU in Richtung Studenten versucht hat, eine Gesprächsbereitschaft zu zeigen, indem sich der Ministerpräsident zwei und der Fachminister Engler vier Stunden einigen Studentenvertretern gegenüberetzten. Für uns bedeutet dies solange nichts, wie nicht tatsächliche Änderungen erfolgen. Diese wären auf gesetzlicher Ebene möglich (z.B. durch Abschaffung der Zwangsexmatrikulationen), wichtiger aber wären Bewußtseinsänderungen bei Politikern und in der Bevölkerung.

# usta info 16

HERAUSGEGEBEN VON DER UNABHÄNGIGEN STUDENTENSCHAFT  
V.I.S.D.P.: MICHAEL KOLLATZ

juli 79

## DEN FRIEDEN SICHERN DAS WETTRÜSTEN BEENDEN

Unter diesem Motto wird am 40. Jahrestag des Überfalls der deutschen Truppen auf Polen am 1. September in Bonn eine große internationale Demonstration und Kundgebung stattfinden. Eine Beendigung des Wettrüstens zur Erhaltung des Friedens ist notwendiger denn je. Die Geschichte zeigt uns: Aufrüstung verhindert keinen Krieg, sondern fördert einen Krieg. Breschnew und Carter sehen in einem gemeinsamen Komunique zum Salt II-Vertrag die Abrüstung zur Friedenssicherung als eine der dringlichsten Aufgaben unserer Zeit an. Als Argument für die Hochrüstung muß immer wieder die angebliche Bedrohung aus dem Ostblock herhalten. Tatsächlich gibt es eine Überlegenheit der UDSSR an Pnazern. Dafür verfügt der Westen z.B. über eine ungleich höhere Zahl an taktisch - und nuklearen Sprengköpfen. Die UDSSR hat zur Zeit mehr landgebundene Mittelstreckenraketen. Die NATO hingegen hat seit Jahren eine Überlegenheit an seegestützten Atomraketen in europäischen gewässern. Trotz der unterschiedlichen Konzepte hat sich in Europa ein militärisches Gleichgewicht herausgebildet, dies ist mehrfach von Wissenschaftlern aus dem Bereich der Friedensforschung bestätigt worden.

Trotzdem geht das Wettrüsten weiter: in fast zweijähriger Amtszeit des Präsidenten Carter wurde z.B. der jährliche Etat für die Produktion neuer strategischer Offensivwaffen vervierfacht, wurde z.B. die Zahl der strategischen Sprengköpfe und Bomben von 3000 auf 9000 erhöht, wurden z.B. verbesserte strategische Flügelraketen (Cruise Missiles) gebaut (Quelle: Christian Science Monitor). Ein neuer Höhepunkt der Hochrüstung ist das Nato-Langzeitprogramm, daß im Frühjahr 1978 verabschiedet wurde. In ihm ist festgelegt, den Rüstungshaushalt der NATO-Länder für die nächsten 15 Jahre jährlich um 3% zu steigern, d.h., 150 Milliarden mehr für die Rüstung auszugeben.

# usta info 5

HERAUSGEGEBEN VON DER UNABHÄNGIGEN  
STUDENTENSCHAFT

V.I.S.D.P.: MICHAEL ZEH

NOVEMBER 79

## AUTOBAHN

### DURCH DEN HARDTWALD ?

Von der Rheinbrücke zur Autobahn soll eine neue Autotrasse gebaut werden, die Nordtangente".

Diese Tangente trennt die nördlichen Stadtteile Neureut, Waldstadt und Hagsfeld von der Innenstadt. Die geplante Trasse durchschneidet in einer Länge von über 3 km den Hardtwald, ein LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET.

Der Hardtwald hat im Ballungsgebiet Karlsruhe wichtige Funktionen zu erfüllen: er ist Naherholungsgebiet, Klimaausgleichszone, Grundwasserschutzzone und Sauerstoffproduzent. Die Durchschneidung des Hardtwaldes durch die Nordtangente hätte schwerwiegende Folgen für die Erfüllung dieser Funktionen und kann deshalb nicht verantwortet werden.

Zur Begründung der Notwendigkeit einer Nordtangente wird oft die erhoffte Verkehrsberuhigung in der Oststadt angegeben. Doch davon abgesehen, daß darüber keinerlei zuverlässigen Planzahlen festliegen, ist derzeit die Südtangente, die ebenfalls von der Rheinbrücke zur Autobahn führen soll, erst zur Hälfte fertiggestellt. Doch diese wird nur langsam fertiggestellt (hier muß die Stadt mehr Geld zahlen als für die Nordtangente!) und könnte bereits die gewünschte Entlastung der Oststadt bringen.

Am 6. November hat der Stadtrat mit Hilfe der CDU-Mehrheit dem Planfeststellungsverfahren zugestimmt. Es ist deshalb eine

## AKTION BÜRGERRENTSCHEID NORDTANGENTE

gegründet worden, damit die Bürgerschaft selbst über die Nordtangente abstimmen kann. Dazu ist es notwendig, daß innerhalb von 4 Wochen, d.h. bis zum 3.12.79 24000 Unterschriften Karlsruher Bürger gesammelt werden müssen. Dazu will auch der USTA beitragen, denn wer die Umwelt zerstört, zerstört unsere Lebensgrundlage und dies kann nicht von einigen Stadträten allein beschlossen werden.



## IMMER SCHWIERIGKEITEN MIT CHEMIE

Die von Chemie betroffenen Fachschaften stellten in der Vergangenheit große Mängel im Studienablauf und im Prüfungsmodus ihrer Chemieausbildung fest. Zur Beseitigung dieser Mängel unternahm man Protestaktionen (Sommer 78) aber auch Versuche mit dem anorganischen Institut ins Gespräch über Vorlesungsstil etc. zu kommen. Leider zeigte sich wie schwierig es ist mit den betroffenen "Persönlichkeiten" zu verhandeln, da sie z.T. nicht zur Diskussion bereit waren und nicht einmal auf unsere Briefe antworteten.

Da die einzelnen Fachschaften erkannt haben, daß die Misere in Chemie kein allein fachschaftsspezifisches Problem ist, haben wir uns entschlossen ein gemeinsames Info herauszugeben. Die grundlegenden Probleme sind die folgenden:

- die Vorlesungsveranstaltungen sind überwiegend schlecht (was auch nicht verwundert wenn eine Vorlesung zusammen für Physiker, Biologen, Chemiker und Lebensmittelchemiker gelesen wird).
- hohe Durchfallquoten an den betroffenen Fachbereichen.
- der Lehrstuhl reagiert auf studentische Vorschläge nur mit Ablehnung.

Genau diese Probleme wollen wir während der Vorlesung von Prof. Fritz am 5.12.79 (im alten Chemiehörsaal) diskutieren.

# FACHSCHAFT CHEMIE

Die Chemiker haben, naturgemäß, von den vier Fachbereichen am häufigsten mit der Anorganischen Chemie und Professor Fritz zu tun. Es fängt an mit der Experimentalchemievorlesung im ersten Semester, mit dem Abschlußkollog zum Qualitativen Praktikum im zweiten Semester, geht über die mündliche Vordiplomprüfung bis zur Hauptdiplomprüfung. Und fast überall gibt es Probleme.

Erstes Semester: Die Vorlesung, die Prof. Fritz hält, hat, wie in diesem Info schon öfter erwähnt, ein äußerst schlechtes didaktisches Konzept: es fehlt ein klarer Aufbau, eine Schwerpunktsetzung, oftmals werden Nebensachen ausführlich erläutert, der Tafelanschrieb ist ebenfalls mangelhaft, usw. Ein Skript zur Vorlesung wurde vom Lehrstuhl bisher nicht herausgegeben. Dadurch können sich die Erstsemester nur schlecht orientieren, was am Ende des Semesters in der Klausur abgefragt wird. Sie sind beim Lernen auf zu umfangreiche und ausführliche Lehrbücher angewiesen. Die Klausur muß allerdings bestanden werden, denn sie ist Voraussetzung dafür, daß man für das Qualitative Praktikum einen Laborplatz bekommt. Die Durchfallquoten in dieser Klausur liegen bei ca. 25 - 30% (26,6% im WS 78/79)

### Qualitatives Praktikum

Im Qualitativen Praktikum werden unter Zeit- und Bewertungsdruck 15 Analysen gekocht. Der Streß, der während diesem Semester erzeugt wird, ist unbeschreiblich. Im letzten Semester wurde deshalb ein Mängelkatalog erstellt, der Prof. Fritz überreicht wurde. Forderungen waren: bessere Betreuung im Labor, bessere Seminare zum Praktikum, Änderung des Bewertungsmodus der Analysen, Verbesserung der z.T. gesundheitsschädlichen Arbeitssituation im Labor. Prof. Fritz war bei dem Gespräch nicht bereit, am grundlegenden Konzept des Praktikums etwas zu ändern (z.B. die Bewertung), allerdings ist die Betreuung in diesem Semester besser geworden. Das ist ein erster Erfolg, wir werden uns in Zukunft für weitere Verbesserungen einsetzen.

### Vordiplom

Das Vordiplom besteht aus vier mündlichen Prüfungen, die in zwei Teilen abgelegt werden: im ersten Teil Anorganik und Physik, im zweiten Teil Organik und Physikalische Chemie. Die Durchfallquoten in den beiden Teilen sind sehr unterschiedlich: im ersten Teil liegen sie zwischen 30 und 40% (WS 78/79 42,6%), im zweiten Teil zwischen 0 und 10% (WS 78/79 ca. 8%). Daß die Professoren der Anorganischen Chemie (nicht nur Prof. Fritz) groß sind, wenn es um's Verteilen schlechter Noten geht, zeigt sich auch bei den Diplomprüfungen.

### Hauptdiplom

Schon seit einigen Semestern war zu beobachten, daß die Notendurchschnitte in der Anorganik immer schlechter wurden. In diesem Semester wurde dann ein bisher nicht erreichter Rekordschnitt von 3,5 erreicht. Von den 8 Prüflingen fiel zwar keiner durch, die beste Note war allerdings 2,7, und Vertiefer (die bei insgesamt vier Prüfungen die Note des Vertiefungsfaches doppelt angerechnet bekommen) kamen mit 4,0 aus der Prüfung heraus. Ein Kommentar erübrigt sich wohl!

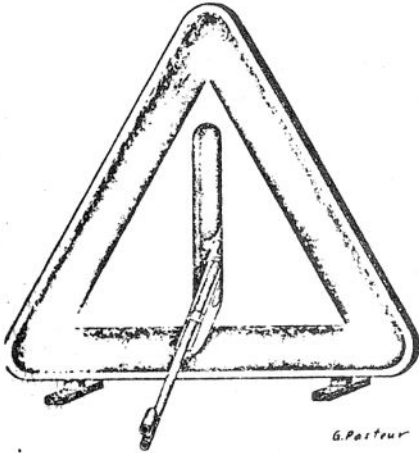
Das war nur ein kurzer Abriß über die Schwierigkeiten, mit denen sich die Chemiker im Moment herumschlagen müssen (nur in Bezug auf die Anorganik). Zur Zeit sind die Probleme der Erstsemester am dringendsten. Deshalb werden wir in einer gemeinsamen Vorlesungsdiskussion mit den Physikern, Biologen, Chemieingenieuren am 5.12.79 Prof. Fritz die Kritikpunkte, Verbesserungsvorschläge vortragen und die Forderung nach einem Skript zur Experimentalchemievorlesung stellen.

## FACHSCHLAF

## PHYSIK

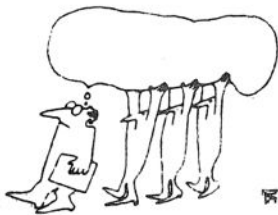
Schon seit längerer Zeit gibtes zwischen uns und dem Institut Anorg. Chemie I (Prof. Fritz), welches für unsere Chemie"ausbildung" verantwortlich ist, größere Schwierigkeiten. Die Gründe hierfür liegen vorallem in den hohen Durchfallquoten, den schlechten Ausbildungsbedingungen und der hartnäckigen, wenn nicht sogar sturen Haltung des Instituts gegenüber Verbesserungsvorschlägen der Studenten.





Bereits dreimal in den letzten zwei Jahren haben wir uns mit Briefen an Prof. Fritz gewandt, um ihn dadurch zu einer Diskussion aufzufordern. Jedesmal war seine Haltung total ablehnend, einmal bekamen wir gar keine Antwort. Auch in seiner Vorlesung, als wir ihm im WS 78/79 ein goldenes Sieb für seine herausragenden Leistungen im Herausprüfen überreichten, war er zu keiner Diskussion bereit. Prof. Fritz begründet dies mit für uns fadenscheinigen Argumenten (Zitat aus einem Brief von Prof. Fritz an die Fachschaft Physik vom 15.12.78: "Ich möchte sie bitten, ihre Probleme zunächst einmal mit ihrem Dekanat abzuklären"), denn unser Dekanat hat bereits am 31.5.78 unter Tagesordnungspunkt 4.3, den Wegfall der Aufnahmeklausur in Chemie verabschiedet. Da diese Aufnahmeklausur immer noch geschrieben werden muß, sollte man Prof. Fritz verstärkt auf die Durchsetzung des Beschlusses unseres Dekanats ansprechen.

Hierzu muß gesagt werden, daß wir als einzigstem Fachbereich eine Klausur schreiben müssen, um ins Chemiepraktikum zu kommen. Und dies allein mit der "Hilfe" der miserablen Fritz-Vorlesung. Nach dem Praktikum, daß im wesentlichen aus dem Leistungsdruck vieler Analysen besteht, schreiben wir die Vordiplomklausur. Dieses Mehrfachsieb (Klausur-Streß-Klausur) dient dazu die Gesamtdurchfallquote (ca. 50%) zu verschleiern.



Der bisherige Abschluß unserer Tätigkeiten war der Versuch diese Aufnahmeklausur zu bestreiten. Nachdem in der Vorbereitungsphase einiges schief gelaufen war, konnte bei einer Urabstimmung unter den betroffenen Erstsemestern keine genügend große Mehrheit für den Boykott gefunden werden. (Immerhin stimmten 61% für den Streik.)

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf eine Dokumentation verweisen, die von uns herausgegeben wird, und das Problem Chemie eingehend beschreibt. Wir werden sie auch an Prof. Fritz überreichen.

Wir stellen also folgende Forderungen:

- Wegfall der Aufnahmeklausur für das Physikerpraktikum.
- Umfassende Verbesserungen in der Fritz'schen Vorlesung.
- Mehr Bezug der Chemieausbildung zur Physik

# das usta-fest

Wie jedes Jahr zu Ende des Wintersemesters, wird auch dieses Jahr ein UStA-Fest stattfinden. Im Gegensatz zu sonst wird sich das Fest aber nur über die große Mensa und das Foyer erstrecken, die kleine Mensa (Wahl-essen) wurde uns vom Studentenwerk nicht überlassen. Das Studentenwerk, so die Begründung dafür, schließe bereits im Frühsommer mit anderen Veranstaltern (Faschingsveranstaltungen, Tanzschulen, usw.) Mietverträge für diese Zeit ab, und es sei den Hausmeistern nicht zuzumuten, daß sie

zu Beginn des Jahres jeden Samstag ein Fest zu überwachen hätten. Da sind wir mit dem Studentenwerk einer Meinung. Aber wie der Name schon sagt, sollte das Studentenwerk für die Studenten arbeiten, das heißt unter anderem auch, daß bei der Vergabe von Mensaräumen für Veranstaltungen solche für Studenten erste Priorität haben. Es kann nicht angehen, daß, während ein privates Fest nach dem anderen stattfinden kann, der UStA nur mit großen Schwierigkeiten überhaupt und dann nur zu einem ungünstigen Termin die Mensaräume (teilweise) bekommen kann. Trotz alledem, das Fest findet statt:

DAS UStA-WINTERFEST KOMMT!

BERNIE'S AUTOBAHN BAND

STUDENTEN "SPIELEN AUF"  
→ SKETCHE, FOLKLORE, VIELES MEHR

TANZEN · ZUHÖREN · MITSINGEN · MITMACHEN · MITSPIELEN · ★★ ANSCHREIBEN · SICH INFORMIEREN · DISKUTIEREN

DER STRAUSS GEHÖRT INS VOGELHAUS! WOHIN SONST?

REICHHALTIGES GEGEN HUNGER + DURST ANGEBOT

**FLOH**  
DE  
**COLOGNE**  
MIT DER NEUEN ROCKOPER  
**KOSLOWSKY**

SAMSTAG, 12.1.1980  
IN DER UNI-MENSA  
EINLASS AB 19<sup>00</sup> Uhr  
Vorverkauf 6,- DM  
Abendkasse 7,- DM